

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 28 (2008)
Heft: 54

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rita Glavitza / Georg Leitner / Thomas Roithner

Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen?

Die Debatte um Energie und Ressourcen hat in den letzten Jahren die internationale Politik in zentralen Punkten bestimmt. Die USA unter George W. Bush setzen auf konfrontative „hard power“, und die EU versucht mit „soft power“ zum gleichen Ziel zu kommen: langfristige Kontrakte und Koalitionen zur Sicherung der fossilen Energiereserven viele Jahre über den „peak oil“ hinaus. Während lateinamerikanische Staats- und Regierungschefs und die US-Administration in regelmäßigen Abständen Unfreundlichkeiten austauschen, bastelt die EU an den „battle groups“, die nach dem Willen wesentlicher Kerneuropa-Nationen vorwiegend in Afrika eingesetzt werden sollen. Steht Afrika vor einer neuen Kolonialisierung? Führen „heiße Ressourcenkriege“ zu einer neuen Politik der Zusammenarbeit in Lateinamerika? Kann Russland sein Gewicht im Kaukasus und in Zentralasien für neue Allianzen und Bündnisse nutzen?

Wolfgang Sachs vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie skizziert in seinem Beitrag die Konfliktrichtigkeit von Ressourcenproblemen in einem globalen Zusammenhang. Der Wettbewerb um Ressourcen ist so alt wie die Menschheit, aber die entsprechenden Konflikte haben sich historisch betrachtet verändert. Die Endlichkeit von Ressourcen verschärft nun die Konkurrenz rund um Fragen von Besitz und Zugang und steigert den Druck auf Menschen, indem sie „den Schatten sozialer Konflikte vorauswirft,

lange bevor die ökologische Endlichkeit erreicht ist“.

In diesem Zusammenhang beschreibt Sachs vier Dimensionen von Ressourcenkonflikten: Im Rahmen von Subsistenzkonflikten fallen lokale (Subsistenz-)Interessen jenen ferner Energie- und Luxusbedürfnisse zum Opfer, wenn etwa indigene Bevölkerungen in Ecuador durch Entwaldung und Wasserverschmutzung aufgrund der Ölförderung ihrer Lebensgrundlage beraubt werden. Regimekonflikte erzählen vom „Ressourcenfluch“, wenn Ressourcenreichtum nicht zu Wohlstand, sondern zu Totalitarität und Verschuldung führt und diese Kleptokratien oder „Kulturen der Korruption“ im Sinne der Lukrativität den Interessen demokratischer Staaten genügen. In Verteilungskonflikten wird das Ende der „euro-atlantischen Spezialbeziehungen“ sichtbar, weil die Nachfrage die eigenen Kapazitäten längst überschritten hat und Mächte wie China, Brasilien, Indien und Russland zu einer Verschiebung im geopolitischen Feld führen.

Und zuletzt verdeutlichen Verlagerungskonflikte die Rolle des Klimawandels als Armutsverstärker, wenn das Ansteigen des Meeresspiegels, Hochwasser, Bodenerosion etc. bereits fragile Gegenden bedrohen. Sachs resümiert, dass unser Verständnis von territorialer Sicherheit ein veraltetes ist, da es keinen unverwundbaren Ort auf der Welt und keine Distanzen mehr gibt. Es geht vielmehr um Grundfragen der Gerechtigkeit und um die kosmo-

politische Berufung, „nicht mehr zu geben, sondern weniger zu nehmen“.

Von der Energiesicherheit zum Ressourcenkrieg?

Elmar Altvater von der Freien Universität Berlin erläutert politische Zusammenhänge der Energiesicherheit in EU, USA und NATO. Da Produktions- und Extraktionsländer kaum mehr zusammenfallen bzw. identisch sind, muss Erdöl aus dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika und Lateinamerika geschöpft werden. Dies wird durch das System des Freihandels ermöglicht, welches die Extraktionsländer in massive Abhängigkeitsverhältnisse stürzt und das auch mit militärischen Mitteln erzwungen und verteidigt wird. Um sich Ressourcen zu bemächtigen, geht es aber neben Eigentumsrechten und Fragen der Souveränität auch um den Schutz von Netzwerken (Pipelines, Straßen, Kommunikationsmittel, finanzielle und logistische Netzwerke), was auch im Krieg gegen den „internationalen Terrorismus“ eine vordergründige Rolle spielt. Der in den 90ern durch die NATO propagierte erweiterte Sicherheitsbegriff findet auch in der EU Anklang, aber die Elemente der europäischen Strategie der Energiesicherheit unterscheiden sich.

Der Journalist und UN-Korrespondent aus Genf Andreas Zumach geht auf die Ressourcenpolitik Chinas, Russlands und Indiens ein. Er warnt vor den offiziellen Zahlen der Internationalen Energiebehörde (IEA), die im Zusammenhang mit den noch vorhandenen Ölvorkommen auf der Welt genannt werden. Diese sind kritisch zu hinterfragen, da Regierungen großes Interesse daran haben, die Menge der eigenen Ölreserven „hoch zu lügen“, um dadurch höhere Förderungen zu erhalten. Um die notwendige Energie-

wende herbeizuführen, plädiert Zumach für einen dreiseitigen Ansatz: Erstens müsste der Energieverbrauch drastisch gesenkt, zweitens die Energieeffizienz gesteigert werden und drittens eine Umstellung auf erneuerbare Energien erfolgen. Die Umsetzung dieser drei Schritte ist alleine schon aus ökologischen Gründen von großer Bedeutung und verringert zudem die Wahrscheinlichkeit heißer Ressourcenkriege. Laut Zumach sollte dabei vor allem der Westen mit gutem Beispiel vorangehen und nicht mit dem moralischen Zeigefinger den Energieverbrauch anderer Länder, wie etwa Chinas, anprangern. Letztendlich ist die Erreichung der Energiewende vor allem vom politischen Willen der Regierungen abhängig.

Aus einer naturwissenschaftlichen Perspektive nähern sich Helga Kromp-Kolb von der Universität für Bodenkultur in Wien und Wolfgang Kromp von der Universität Wien dem Klimaproblem, welches etwa durch globale Temperaturerhöhung, Schmelzen der Gletscher und veränderte Niederschlagsformen und -mengen messbar ist. In diesem Zusammenhang präsentiert Kromp-Kolb zukünftige Klima- und Temperaturszenarien, denen zufolge die Erwärmung zwischen 2° und 6° befragt wird. Sie gibt aber zu bedenken, dass es sich hierbei nur um Prognosen handeln könne, da Einflussnahmen etwa durch menschliches Verhalten nicht absehbar sind. Sie verweist auf das Konfliktpotential, welches dem Klima- und Ressourcenproblem inhärent ist und appelliert, „das Unbeherrschbare zu vermeiden und das Unvermeidbare zu beherrschen“. Ohne Minderungsmaßnahmen werden uns Klimaschäden künftig 5 bis 20 Prozent des globalen BNP pro Jahr kosten, so Kromp-Kolb. Selbst die Maßnahmen zur Stabilisierung der

Erwärmung im Bereich von 2° würden sich auf 1 Prozent des globalen BNP pro Jahr belaufen, wenn rasch gehandelt werde.

Es ist demnach dringend notwendig, noch schlechtere Szenarien als jenes mit einer Erwärmung von 2° zu vermeiden, umfassende Emissionsreduktionen herbeizuführen und nachhaltige Lösungsansätze anzusteuern. Auch eine Schwerpunktsetzung auf Kernenergie, die heute 6 Prozent des globalen kommerziellen Primärenergieaufkommens und 16 Prozent der globalen Stromerzeugung ausmacht, ist keine Lösung. Dies würde zwar zu einer Reduktion von Treibhausgasen führen, wäre aber angesichts der „Energie-lücke“ infolge des Rückgangs von Öl und Gas, des Zuwachses an Strombedarf und nicht zuletzt angesichts von Sicherheits- und Proliferationsrisiken problematisch.

Jürg Staudenmann vom United Nations Development Programme und Karin Scheurer behandeln das Konfliktpotential der Ressource Wasser. So gibt es ihrer Meinung nach genug Wasser auf der Erde; das Problem stellt jedoch dessen ungleiche Verteilung dar. Zurzeit haben 1,1 Milliarden Menschen weltweit keinen Zugang zu Wasser. 20 bis 30 Prozent der Wasserressourcen werden für Haushalt, Industrie und Gewerbe verwendet, während 70 bis 80 Prozent auf die Landwirtschaft entfallen. Die Perversität liegt laut Staudenmann und Scheurer darin, dass die ärmeren Bevölkerungsschichten über qualitativ schlechteres und auch weniger Wasser verfügen, jedoch dafür mehr bezahlen müssen.

Die AutorInnen versuchen die weitverbreitete These zu relativieren, dass die nächsten Kriege um Wasser geführt werden. So hat es ihrer Meinung nach mehr Kooperationen als Konflikte um die Ressource Wasser gegeben. Sie

verweisen dabei auf die „Nile Basin Initiative“ zwischen Sudan und Ägypten, welche die Wasserverteilung im Niltal zwischen den beiden Staaten regelt.

Ressourcenkonflikte im Mittleren Osten und Zentralasien

Matin Baraki von der Universität Marburg arbeitet in seinem Beitrag die US-amerikanischen Rohstoffinteressen im Mittleren Osten und am Kaukasus heraus. Im Weißbuch der NATO steht geschrieben, dass diese in Gebieten interveniert, die sie als strategisch wichtig erachtet. Im Zuge der NATO-Osterweiterung, der Unterstützung Aserbaidschans und der gemeinsamen US-amerikanischen Militärmanöver mit Georgien ist die Russische Föderation von einer viel größeren Anzahl amerikanischer Stützpunkte umgeben als während des Kalten Krieges. Insofern kann es zwischen den USA und Russland sehr schnell zu einer Eskalation kommen. Aus dieser Sicht lässt sich auch die US-amerikanische militärische Zusammenarbeit mit Israel und der Türkei erklären. Aber auch andere Staaten wie Indien, Pakistan und China verfolgen Rohstoffinteressen in dieser Region. So riefen etwa China und Russland gemeinsam mit Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan die Shanghai Cooperation Organisation ins Leben, um so den Einfluss der USA einzuschränken.

Laut Baraki sollten damals die Taliban in Afghanistan die Ölförderung in dieser Region gewährleisten und wurden deshalb, trotz ihrer Missachtung demokratischer Werte, von den USA unterstützt. Da Afghanistan eine wichtige strategische Position im ölfreichen Mittleren Osten einnimmt, war eine US-Intervention schon vor dem 11. September 2001 geplant: „Hätte es den

11. September nicht gegeben, hätte man ihn erfinden müssen“, so Baraki. Auch den Zweiten Tschetschenienkrieg sieht Baraki als Ausdruck der Rohstoffsicherung in dieser geostrategisch bedeutenden Weltregion. Als der Erste Tschetschenienkrieg 1996 beendet war, war die Situation für verschiedene Ölkonzerne zu instabil, um eine Ölförderung im Kaukasus sicherzustellen. Aufgrund dessen kam es dann 1999 zum erneuten Einmarsch in Tschetschenien.

Über Zusammenhänge von Ölinteressen und dem Konflikt mit dem Iran, der über die weltweit drittgrößten Erdöl- und die zweitgrößten Erdgasvorkommen verfügt, schreibt Udo Steinbach vom GIGA, Institut für Nahoststudien, Hamburg. Er versteht das historische Ringen westlicher Regierungen und Erdölunternehmen mit dem Iran als Vorspiel eines militärischen Konflikts mit Iran. In der Irak-Frage ist der Iran, vor allem in der schiitischen Szene zum wichtigsten Gegenspieler der USA geworden, die ohne Iran aber aus dem Debakel nicht herauskommen, so Steinbach. Die Frage der Kooperation ist geprägt von Sanktionen und Kriegsandrohungen der USA, aber auch von dem Paradigmenwechsel auf iranischer Seite: weg vom Primat des Erdöls hin zu dem der Kernenergie, um „raus aus der Froschperspektive auf Augenhöhe“ zu kommen.

Steinbach zitiert die iranische Friedensnobelpreisträgerin Shirin Abadi, die dazu auffordert, Ahmadinedschad nicht ernstzunehmen. Er sei nicht demokratisch gewählt worden und erfahre seine Aufwertung durch den Westen. Weiter fordere sie die zivile Nutzung der Kernenergie, die völkerrechtlich jedem Staat zustehe, sowie eine umfassende technologische Kooperation und Unterstützung demokratischer Kräfte. Steinbach resümiert, dass Iran unter

Ahmadinedschad zwar eine Bedrohung ist, die „Radikalisierung aber als Folge der Unfähigkeit der Internationalen Gemeinschaft zu sehen ist, auf die Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten zu reagieren“. Er verweist darauf, dass eine Proliferation in der Region wie etwa in Ägypten oder Jordanien unvermeidbar ist.

Energiepolitik im „geostrategischen Hinterhof“ von USA und EU

Die Journalistin und Nahostexperte Karin Kneissl behandelt die Energie- und Ressourcenpolitik in Afrika, wo der „Fluch der Rohstoffe“ seit jeher Begierden geweckt hat und nicht erst mit der europäischen, sondern bereits mit der arabischen Kolonialisierung rund um Gold- und Sklavenhandel seinen Anfang genommen hat. Heute vollziehen externe Akteure mit ihren Interessen an Energieträgern und Rohstoffen – neben USA und EU auch verstärkt ostasiatische Länder wie China, Malaysia und Vietnam – die dritte Kolonisierung Afrikas. Kneissl appelliert, dass die Entwicklungszusammenarbeit (EZA), welche autoritäre Strukturen wie etwa in Uganda verfestigt hat, völlig neu überdacht werden muss und dass darüber hinaus neue WTO-Verhandlungen fernab vom EU-Protektionismus nötig sind, um den Zugang afrikanischer Waren zu internationalen Märkten zu ermöglichen. Einen Ausweg aus der Krise sieht Kneissl in der Transformation der Energiepolitik zu einem Energiemix und warnt vor Biotreibstoffen, welche zu grossen ökologischen Problemen und die Nahrungsmittelpreise in die Höhe treiben. Die EZA jedenfalls hat Afrika keine Lösung beschert, so Kneissl.

Auch Werner Ruf, Politikwissenschaftler an der Kasseler Universität,

beleuchtet mit dem Hintergrund der Ressourcenfrage den „Griff der USA nach Afrika“. Er geht dabei ausführlich auf Africom (U.S. Africa Command) – das seit 2007 existierende Kommando der USA für Afrika – ein und erkennt Africom als Projekt des „Greater Middle East“. Hintergründe bilden vor allem der Krieg um Energieressourcen und die Bedrohung durch den Terrorismus. Großmächte – und Ruf erwähnt auch die EU – machen Afrika zu ihrem Aufmarschgebiet. Ruf bilanziert: „Solch neuer Kolonialismus im Gewande der Terrorismusbekämpfung wird Widerstand wecken und genau jenen ‚Terrorismus‘ produzieren, den zu bekämpfen Africom & Co. ausgezogen sind.“

Peter Stania vom International Institute for Peace geht in seinem Beitrag auf die Energie- und Ressourcenpolitik Lateinamerikas ein. Während des Kalten Krieges führten die USA in Lateinamerika mehrere militärische Interventionen durch, um ihre multinationalen Konzerne zu schützen. Vor allem zeigte sich dies in Mexiko und beim US-gestützten Putsch in Chile am 11. September 1973, welcher laut Stania auch Einfluss auf die Geschehnisse des 11. September 2001 hatte. Die europäischen Unternehmen unterschieden sich vom moralischen Standpunkt her aber nicht von den amerikanischen, die Europäer verfügten nur nicht über die notwendige Logistik in Lateinamerika, um ihre Konzerne militärisch zu unterstützen. In Venezuela kam es unter Hugo Chavez zu einer Re-Nationalisierung der Ölfelder, wobei 51 Prozent in der Hand der venezolanischen Regierung blieben. Europäische Konzerne akzeptierten diese Aufteilung, während amerikanische Firmen sie ablehnten.

Brasilien unter Präsident Lula da Silva setzt nun verstärkt auf Atomenergie, um als weltpolitischer Akteur ernstgenommen zu werden. Lateinamerika

versucht, sich als eigenständiger Akteur auf der Bühne der internationalen Beziehungen zu präsentieren. So scheiterte etwa die Ausweitung der NAFTA (North American Free Trade Agreement) am Widerstand Kubas, Chiles, Brasiliens und Venezuelas. Mit dem Entwurf der ALBA (Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América) setzten Kuba, Venezuela, Bolivien und Nicaragua den USA ein eigenes Konzept für eine Wirtschaftsgemeinschaft entgegen. Und es scheint realistisch, dass auch andere lateinamerikanische Staaten dieser Gemeinschaft beitreten. Somit ist die Voraussetzung für einen „ernsthaften antikolonialen Widerstand“ vorhanden, jedoch könnte dieser Prozess, so Stania, auch scheitern.

Der Band bietet zum Zusammenhang von Militär- und Energiepolitik der EU zwei durchaus kontroverse Sichtweisen aus militärwissenschaftlicher (Gunther Hauser) und friedenswissenschaftlicher Perspektive (Lühr Henken) an. Die Debatte hat sich bereits 1992 aufgrund der verteidigungspolitischen Richtlinien der deutschen Bundeswehr entzündet. Der Bundeswehr geht es um die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Das 2006 in Deutschland erschienene Weißbuch befürchtet „Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie“. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn der deutsche Energiestaatssekretär Joachim Wuermeling im September 2006 meint: „Im globalen Kampf um Energiequellen muss die EU härtere Bandagen anlegen“. Was die Frage aufwirft, ob eine gemeinsame und nachhaltige EU-Energiepolitik die „battle groups“ arbeitslos macht.

Neue Ressourcenpolitik erfordert eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Um Globalisierungsgestaltung und Zukunftsperspektiven geht es bei Franz-Josef Radermacher von der Universität Ulm, Mitinitiator der Global Marshall Plan Initiative, der konstatiert, dass wir technologisch betrachtet zwar immer besser werden, dies aber auch immer mehr Probleme schafft, so dass man von einem „Boomerang-Effekt“ sprechen kann. Ein weiteres Problem neben unserer Leistungsfähigkeit ist das Wachstum der Bevölkerungen. Prinzipiell gestaltet sich die globale Ordnung zwischen souveränen Staaten, die sich über demokratische Strukturen hinwegsetzen und ihre Macht im Sinne einer „hidden agenda“ für Regelungen nützen, „um zu bekommen, was sie wollen, ohne zu sagen, was sie wollen“. Die Erde wird dabei „gleich einer Zitrone ausgepresst“, so Radermacher bei der Sommerakademie, betrachtet man nur den ökologischen Fußabdruck, wo die USA ein Vierfaches ihrer Fläche verbrauchen und Afrika dagegen nur ein Viertel.

Das „Auskommen mit einem begrenzten Kuchen“ ist also eine Frage der „Governance“. Technischer Fortschritt ist dabei nur eine Chance und angesichts des Boomerang-Effekts keine Lösung. Schließlich bleiben uns neben dem totalen Kollaps nur zwei Möglichkeiten: Entweder das Modell der „Brasilianisierung der Welt“, dem Radermacher eine 50prozentige Wahrscheinlichkeit einräumt, wo eine kleine reiche Elite in einem sonst armen Land einen hohen Energiepreis zahlt. Oder das „ökosoziale Balancemodell“, das in etwa dem Global Marshall Plan entspricht und das durch „Querfinanzierung“ ein Aufholen der Armen ohne Brasilianisierung ermöglicht, was aber

bedeutet, dass wir für ein gewisses Set von Standards (keine Kinderarbeit, nachhaltige Müllentsorgung, etc.) bezahlen müssen.

Die Begründerin der Grünen und Aktivistin der Friedens- und Umweltbewegung, Freda Meissner-Blau, stellt fest, dass der Mensch „immer mehr gegen als für die Natur gearbeitet hat“ und deshalb eine lebhaftere und vor allem widerständige Zivilgesellschaft vonnöten ist. Obwohl die Zivilgesellschaft nicht gewählt wird, ist sie doch dort legitimiert, wo der Staat nicht mehr in der Lage ist, seine Rolle auszuüben. Meissner-Blau kritisiert die heutzutage vorherrschende „ökologische Blindheit der Mächtigen“ und blickt zurück auf den erfolgreichen Widerstand in Österreich gegen die Errichtung des Atomkraftwerkes in Zwentendorf und gegen das geplante Kraftwerk in den Donauauen, welches katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt gehabt hätte.

Wie auf regionaler Ebene alternative Energieprojekte wachsen, so entstehen auch an den „Graswurzeln“ neue Initiativen und zivilgesellschaftliche Netzwerke, die wesentliche Impulse für einen technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel leisten. Den Pfad von einer gewaltförmigen zu einer friedensfähigen Energie- und Gesellschaftspolitik mehrheitsfähig zu machen, ist im Interesse aller.

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung: Roithner Thomas: Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses. LIT-Verlag, Münster – Hamburg – London – Wien, 2008 (S. 312, € 9.80)

Natur als Beute?

Internationale Treffen zum Schutz der Biodiversität

„Wenn ihr in den Industrieländern gerne Gen-Mais essen wollt, weil ihr denkt, das sei eine gute Sache, dann tut das doch, aber lasst uns damit in Ruhe“, schließt Ousmane Samaké, Mitarbeiter bei der Nichtregierungsorganisation IRPAD (Institut de Recherche et de Promotion des Alternatives en Développement), sein Referat auf dem internationalen Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung, das anlässlich der Vertragskonferenz in Bonn zum Schutz der Biodiversität am 17. und 18. Mai in Berlin stattgefunden hat. Gemeinsam mit seinen Kollegen Mohamed Coulibaly und Aliou Maïga, mit Álvaro Salgado Ramírez von CENAMI in Mexiko und Maria Isabel Manzur von der Fundación Sociedades Sustentables in Chile und Ute Sprenger vom genethischen Netzwerk, kam Ousmane direkt aus Bonn, wo eine Woche lang der alternative Kongress „Planet Diversity“ mit einer lauten, bunten Demonstration und vielen Workshops die sogenannte „MOP 4“ kritisch begleitete.

Was aber ist „MOP 4“? Hinter dem für die Sprache internationaler Verhandlungen typischen Akronym verbirgt sich nichts anderes als ein zwischenstaatliches Ringen um das Cartagena-Protokoll über biologische Sicherheit. Das Protokoll ist Teil der Konvention zur Biodiversität (CBD) und soll den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) im internationalen Handel regeln, vor allem die Frage, wer für die Schäden haftet, die entstehen, wenn GVOs unkontrolliert über Grenzen gelangen und dort andere Pflanzensorten kontaminieren

Die fünf internationalen Gäste berichteten in Berlin von der MOP 4

ebenso wie von dem alternativen Kongress Planet Diversity, auf dem sich Menschen aus aller Welt gegen gentechnisch modifiziertes Saatgut aussprachen und für eine alternative Landwirtschaft eintraten.

Dass die Verhandlungen zur Schadenshaftung schwierig und langwierig sind, zeigte der Bericht von Maria Isabel Manzur aus Chile, die erklärte, dass die Wissenschaft und Vertreterinnen und Vertreter der Industrie sich nicht einmal darauf einigen konnten, was genau ein Schaden sei und ob man überhaupt von „Schaden“ sprechen könne, wenn gentechnisch modifiziertes Saatgut anderes Saatgut ungewollt manipulierte.

Die Verbreitung gentechnisch modifizierter Pflanzensorten ist nicht nur ein Thema der sogenannten Entwicklungsländer, sondern trifft auch die Industriestaaten (und geht vor allem von ihnen aus). So eröffnete Kirsten Tackmann, Mitglied des Bundestags für die Fraktion Die Linke, den internationalen Workshop mit einer Rede, in der sie darauf verwies, dass aktuell auf über 114 Millionen Hektar weltweit gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden, wobei herbizid- und insektenresistente Pflanzen dominieren. Sieben von zehn transgenen Pflanzen schützen sich gegen Pflanzenschutzmittel. Ihr Anbau ermöglicht den Einsatz von Totalherbiziden, das heißt: alle Pflanzen werden vernichtet – außer den gentechnisch veränderten.

Saatgut-Konzerne wie Monsanto verdienen so an den patentierten transgenen Pflanzen. Das Saatgut ist teurer und darf nicht nachgebaut werden, „ein uraltes historisches Recht der Bauern-

schaft!“; so Tackmann. Außerdem fallen Lizenzgebühren an – spätestens nach Markteinführung. Die Pflanzenschutzmittel müssen verwendet werden, soll das System funktionieren. Mit diesem Koppelgeschäft werde also Geld verdient, nicht mit salz- und dürre-resistenten Pflanzen für arme Kleinbauern und -bäuerinnen. Es gehe hier weniger um die Lösung von Menschheitsproblemen, sondern vielmehr um Kapitalrendite.

Die Verlierer dabei werden gern verschwiegen. So führe eine zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft zu weniger Arbeitsplätzen, zu weniger Vielfalt der Ackerkulturen und eintönigen Landschaftsbildern. Und wer im Agro-Geschäft nicht mehr mithalten kann, wird von seinem Land vertrieben. Landwirtschaftliche Betriebe in der sogenannten Ersten Welt, aber auch Kleinbäuerinnen und Kleinbauern im Süden werden in eine fatale Abhängigkeit getrieben, „sie werden zu feudalen Tributzahlern.“

Mit der Abhängigkeit von einzelnen Konzernen geht auch eine Abhängigkeit vom Weltmarkt einher. Der traditionelle Anbau von Nahrungsmitteln wird verdrängt, stattdessen werden mit gentechnisch modifiziertem Saatgut Produkte für den Export angebaut. Ein typisches Beispiel für diese Abhängigkeit, die Ousmane Samaké als eine neue Form der Sklaverei beschreibt, ist Mali: Nach traditionellen Anbaumethoden wurden von Kleinbäuerinnen und -Bauern Nahrungsmittel angebaut, bis sie in ein Strukturanpassungsprogramm des IWFs gerieten und von nun an auf Baumwolle setzten, um sie für den Weltmarkt exportieren zu können. Durch die niedrigen Rohstoffpreise können die angebauten Güter nicht mehr zu Preisen abgesetzt werden, die den Produktionspreis decken. Die Produzenten und Produzentinnen müssen

sich nun verschulden, um die importierten Nahrungsmittel, die sie vorher selbst angebaut hatten, zu kaufen. Nur so können sie jetzt ihren eigenen Bedarf decken und das Saatgut für die nächste Ernte kaufen. Durch den Ländervergleich wurde deutlich, dass nicht nur die natürliche Lebensgrundlage eines Großteils der Bevölkerung auf dem Spiel steht, sondern auch seit Jahrhunderten bestehende soziale und kulturelle Strukturen der betroffenen Gemeinden.

Wie paradox und widersprüchlich die weltweiten Auswirkungen der ökologischen Modernisierung der Industrieländer und des enorm gestiegenen Energiebedarfs der Schwellenländer sind, zeigen die Schilderungen von Álvaro Salgado Ramírez. Auch der Anbau von Agrotreibstoffen steht für die Umorientierung auf Exportgüter auf Kosten der Anbaufläche von Grundnahrungsmitteln. Wegen der niedrigen Preise, die sie für ihre Erträge erhalten, wandern allein in Mexiko jedes Jahr 400.000 Bauern und Bäuerinnen aus. Durch den flächendeckenden Anbau von Agrotreibstoffen erhalten sie die Möglichkeit zu bleiben. Denn durch die Verringerung der Anbaufläche für Grundnahrungsmittel übersteigt der Lebensmittelpreis erstmals seinen Produktionspreis. Ramírez äußerte die Hoffnung, dass die gestiegenen Preise für Nahrungsmittel ihren Anbau wieder attraktiv machen könnten. Nicht zur Sprache kommen in diesem Zusammenhang die Auswirkungen auf die ärmeren Bevölkerungsschichten, die bereits vor der eklatanten Preissteigerung Schwierigkeiten hatten, sich mit ausreichend Nahrungsmitteln zu versorgen.

Am zweiten Tag des Workshops drehte sich die Diskussion verstärkt um die zu diesem Zeitpunkt grade bevorstehende „COP 9“, die internationalen

Verhandlungen der Konvention zur Biodiversität (CBD) mit 5000 Delegierten aus rund 190 Vertragsstaaten. Der Referent Gregor Kaiser, der zum Thema genetische Ressourcen und Eigentum promoviert und politisch aktiv in der BUKO – Kampagne gegen Biopiraterie ist, erläuterte, dass es hierbei besonders um das „ABS-Regime“ (Access and Benefit Sharing) ginge. Dahinter stecken Fragen wie: Wer hat unter welchen Bedingungen Zugang zu den biologischen Ressourcen? Darf jeder und jede sich genetisches Material und das traditionelle Wissen um die Nutzung von Pflanzen aus anderen Ländern besorgen und patentieren? Wer wird wie beteiligt an den Gewinnen aus der Kommerzialisierung der Natur?

Dabei würden die Rechte indigener Bevölkerung meistens nicht beachtet und schlugen sich auch selten in konkreten Verhandlungsergebnissen nieder. Kaiser betonte weiter, dass Biopiraterie, die nicht autorisierte, private Aneignung von Wissen, welches als Kulturerbe der Menschheit letztlich niemandem gehört, seit vielen Jahrhunderten Praxis sei. Genetische Ressourcen würden angeeignet und Dritte von deren Nutzung ausgeschlossen; heute geschehe dies zuvorderst durch geistige Eigentumsrechte. Seit 1992 die Konvention CBD in Kraft getreten ist, werde Biopiraterie legalisiert, wenn formal gewissen Kriterien entsprochen werde. „Das kapitalistische Naturverhältnis, das Zur-Ware-Machen von allem und jedem, wird immer mehr zur Norm. Der Kolonialismus zu Anfang des 20. Jahrhunderts wird zur inneren Landnahme“, so Kaiser.

Die sogenannte Terminator-Technologie bildet in diesem Kontext die konsequente Weiterführung der Patentrechte: Das künstlich sterilisierte Saatgut, welches nach einmaliger Aussaat nicht erneut ausgesät werden kann,

gilt den entsprechenden Konzernen als Garantie für die künftige Zahlung von Nutzungsgebühren. Noch besteht zwar ein Moratorium auf diese Terminator-Technologie, wie lange dies jedoch anhalten wird, ist offen. Einig waren sich die Referenten und Referentinnen des Workshops darin, dass der zunehmenden In-Wert-Setzung von traditionellem Wissen entgegengetreten werden muss. Álvaro Salgado Ramírez zitierte beispielhaft eine indigene Gemeinschaft, die im Waldgebiet von Nord-Mexiko lebt und deren Öffentlichkeitssprecher erklärte: „Ihr könnt alle kommen und das traditionelle Wissen über unsere Pflanzen lernen, umsonst. Aber wir machen aus dem Wissen keine Ware, denn es soll allen gehören.“

Auf die Frage aus dem Publikum, wie Forschung und Entwicklung ohne Patentierung denn voranschreiten könne, antwortete Mohamed Coulibaly: „Die Unternehmen, die das Patentrecht auf den Gen-Mais anmelden, argumentieren, sie hätten eine neue Pflanze erfunden, aber – die Pflanze gab es doch schon vorher, wie können sie da sagen, sie hätten sie neu erfunden?“ Patente, so ergänzte Ousmane Samaké, würden auf Erfindungen erteilt, aber die Natur sei nicht von Menschen erfunden worden. Auch Ramírez sagte in diesem Zusammenhang, dass Kenntnisse über die Eigenschaften der Wirkstoffe unveräußerlich seien, da sie aus der Forschungsarbeit vieler Generationen resultierten, die für ihren Einsatz oft mit ihrem Leben oder zumindest ihrer Gesundheit bezahlt hätten.

Bei aller Kritik an der CBD als bloßes Regelwerk zur Verwaltung der Patentierungen und der Biopiraterie ist sie da, wo eine nationale Gesetzgebung zum Schutz der Biodiversität fehlt oder der Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen auf nationaler Ebene

ungeregt bleibt, wie es Maria Isabel Manzur von Chile berichtete, doch das einzige Abkommen, das eine verbindliche Richtlinie an die Hand gibt.

Ganz im Gegensatz zur Ökonomisierung der Natur und der Festsetzung ihres spezifischen Preises, wie es von der CBD vorgesehen ist, favorisierten die Referenten und Referentinnen aus Mali, Chile und Mexiko das Konzept der *Ernährungssouveränität als Alternative*. Die Menschen sollen und wollen selbst bestimmen, was für wen, zu welchem Zweck und auf welche Weise produziert wird. Nur damit kann die Ernährungssicherheit aller garantiert werden. Denn eines ist sicher: Die Nahrungsmittel, die die Natur hergibt, würden für alle Menschen reichen,

wenn sie gerecht verteilt wären – und das weltweit.

Mit Jutta Sundermann von attac Deutschland, Aktivistin der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie und der Gendreckweg-Kampagne, wurden schließlich gemeinsame Widerstands- und Vernetzungsmöglichkeiten ausgelotet. Dabei wurde deutlich, dass es noch sehr viel offene Fragen und Diskussionsbedarf gibt. Und dass solche gemeinsamen internationalen Treffen, wie Planet Diversity in Bonn oder der Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, auch in der Zukunft notwendig sind, um einen Erfahrungsaustausch – als Voraussetzung für die Entwicklung von Alternativen – gewährleisten zu können.

Miges Baumann

Landwirtschaft im Süden: Klimawandel und Greenhouse Development Rights

Benachteiligte Menschen im Süden leiden schon heute am stärksten unter veränderten Wetterbedingungen, häufigeren Trockenheitsperioden, Stürmen oder Überschwemmungen. Vorauszusehen sind steigende Meeresspiegel, die Millionen in die Flucht treiben und damit verbunden massive Konflikte um Ressourcen, Ernteauffälle, Wasserknappheit. Die Folgen des Klimawandels zeigen sich aber auch versteckter, zum Beispiel durch Landdegradation, steigende Armut oder die Zerstörung der Biodiversität. Nicht zuletzt hat die aktuelle Nahrungskrise einen Zusammenhang mit der Klimaerwärmung, wenn Nahrungsmittel zur Produktion von Agrotreibstoffen missbraucht werden, um den mobilitätsbedingten CO₂-Ausstoß des industrialisierten Nordens zu reduzieren.

Wir, die Hauptverursacher des Klimawandels, tragen die grösste Verantwortung, schnell und umfassend zu handeln. Aus Gründen der Gerechtigkeit ist es notwendig, dass wir nicht nur unseren eigenen Ausstoß an Treibhausgasen innert einer Generation vermeiden (Mitigation), sondern dass wir auch alles tun, um die Gefährdung durch den Klimawandel und dessen Auswirkungen zu mindern (Adaption). Gleichzeitig müssen wir den am meisten Betroffenen, den Armen im Süden, ermöglichen, sich weiterhin entwickeln zu können. Dazu bedarf es einfach auch zusätzlicher Finanzmittel.

Zur Bewältigung dieser Krise und zur Beseitigung weltweiter Armut muss jetzt von allen global gehandelt werden. Der Kampf gegen den Klimawandel fordert aber auch jeden Einzelnen he-

raus: Dieser kann nur erfolgreich sein, wenn wir alle unser Denken, unser Konsumverhalten und unseren Lebensstil ändern.

Der Klimawandel wirkt sich ganz direkt auf die Landwirtschaft aus. Häufigere Dürreperioden, wachsende Wüsten, Überschwemmungen, Versalzung von Böden werden die Landwirtschaft in vielen Gebieten der Erde stark beeinträchtigen. Kleinbauern ohne Bewässerungssysteme sind davon besonders hart betroffen, denn sie sind vollständig von den natürlichen Regenfällen abhängig. In der Sahel-Zone in Afrika zum Beispiel wird die Wachstumszeit von Pflanzen verkürzt. Bestimmte Nahrungspflanzen wachsen nicht mehr bis zur Erntereife heran, andere gedeihen überhaupt nicht mehr.

In den nördlichen Gebieten Europas und Amerikas kann die Landwirtschaft von einem Temperaturanstieg bis zu 2,5°C noch profitieren. Bei einem Anstieg von über 3°C sagen die Fachleute jedoch auch für die gemässigten Zonen einen Rückgang der Agrarproduktion voraus. Wasser wird für die Landwirtschaft ein noch brisanteres Thema. Im Mittelmeerraum und im südlichen Afrika wird das verfügbare Frischwasser um 50 Prozent zurückgehen. In Afrika werden bis ins Jahr 2020 zwischen 75 und 250 Mio. Menschen vom Versiegen des Frischwassers betroffen sein, in Asien 120 Mio. bis 1,2 Milliarden Menschen.

Die industrielle Landwirtschaft und das globale Nahrungsmittelsystem sind wichtige Verursacher von Treibhausgasen. Die Landwirtschaft ist für rund 14 Prozent aller Emissionen verantwortlich. Den grössten Anteil daran hat der Einsatz von chemischem Dünger. Ein beträchtlicher Teil der landwirtschaftlichen Treibhausgase stammt aus der veränderten Landnutzung, der Abholzung und der Ausweitung von Monokulturen. Die Viehwirtschaft inklusive

all ihrer vor- und nachgelagerten Prozesse ist – so eine Studie der FAO – weltweit für 18 Prozent aller Treibhausgasemissionen gemessen in CO₂-Äquivalenten verantwortlich.

Es gibt Lösungsansätze, wie sich die Landwirtschaft anpassen und wie sie selber zur Reduktion von Treibhausgasemissionen beitragen kann:

- Die Vielfalt von Pflanzen und die Nutzung der Biodiversität in integrierten Anbaumethoden helfen, die Feuchtigkeit im Boden zu halten.

- Agro-ökologische Methoden und Biolandbau benötigen weniger chemische Düngemittel und verursachen deshalb geringere Mengen an Treibhausgasen. Ausserdem bieten sie den Bäuerinnen und Bauern mehr Sicherheit.

- Die Zucht von trockenheitsresistenten Pflanzensorten mindert die Folgen der Klimaerwärmung. Für arme und kleine Bauern im Süden ist vor allem die Saatgut-Selektion auf den eigenen Feldern erfolgversprechend.

- Aufforstungen und Schutz der bestehenden Vegetation können der Wasserknappheit entgegen wirken.

- Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft haben noch ein riesiges Sparpotential.

Die Klimaerwärmung verursacht Hunger, denn sie hat einen dramatischen Einfluss auf die Nahrungsmittelproduktion und -verfügbarkeit. Der Klimawandel verursacht Durst, denn weniger und unregelmässige Niederschläge bedeuten einen erhöhten Stress, zu Wasser und Trinkwasser zu kommen. Bei einem Temperaturanstieg von 2,5°C werden etwa 45-55 Millionen Menschen zusätzlich von Hunger und Unterernährung betroffen sein, bei einem Anstieg über 2,5°C sind es 65-75 Millionen Menschen, und wenn die Temperatur um 3-4°C ansteigt, werden es, so die Schätzungen der Wissen-

schaft, 80-125 Millionen Menschen sein. Im globalen Treibhaus werden Dürren oder Überschwemmungen häufiger und die Hurrikane intensiver. Sie haben enormes Zerstörungspotential, nicht nur einzelne Gebäude oder ganze Städte betreffend, sondern auch – was in TV-Berichten kaum gezeigt wird – die Ernten.

Das Recht auf Entwicklung und Ernährungssicherheit

Die Klimafrage ist unabdingbar verbunden mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit zwischen Menschen verschiedener Regionen und Generationen. Das Recht auf Entwicklung im globalen Treibhaus, Armutsbekämpfung und die Millenniumsziele dürfen im Kampf gegen die Klimaerwärmung nicht aufgegeben werden. Vielmehr müssen alle drei Ziele gleichzeitig weiterverfolgt werden.

Das bedingt Anstrengungen auf drei Ebenen:

– Klare Zusicherung der entwickelten Länder, ihre Wirtschaft innerhalb einer Generation zu dekarbonisieren (d.h. bis 2050).

– Die Anstrengungen armer Länder zu unterstützen, sich dem Klimawandel anzupassen.

– Ein globales geltendes neues Abkommen in Kraft zu setzen, welches ein kohlenstoffarmes Entwicklungsmodell vorantreibt, das zu keinem Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre führt.

Der Ansatz der Greenhouse Development Rights (GDR – Entwicklungsrechte im globalen Treibhaus) basiert auf diesen Prinzipien. Der Ansatz* sucht Gerechtigkeit in der Entwicklung, in dem die Kosten der CO₂-Reduktion auf jene verteilt werden, die fähig sind, sie zu tragen, und die am stärksten für den Klimawandel verantwortlich sind.

Damit werden die Chancen erhöht, dass die globale Klimaerwärmung unter 2°C bleibt. Im Zentrum der GDR steht ein Verantwortlichkeits- und Fähigkeitsindex (Responsibility and Capability Index – RCI) für alle Länder. Der RCI nutzt die belegten kumulativen CO₂-Emissionsdaten als Massstab für die Verantwortlichkeit sowie Daten über die Kaufkraftparität und die Verteilung des Reichtums als Massstab für die Fähigkeit.

Der GDR-Ansatz ist vor allem ein Vorschlag, wie die Lasten verteilt werden sollen, wie immer auch die Kosten aussehen werden. Frühes Handeln wird die wirtschaftlichen Kosten verkleinern; und auch die menschlichen Kosten werden tiefer sein, indem Dürren, Überschwemmungen, Stürme, Konflikte, Vertreibungen und Todesfälle vermieden werden können. Aus diesen Gründen unterstützen und fordern viele Hilfswerke, so auch BROT FÜR ALLE, dass die globalen CO₂-Emissionen schnell und drastisch gesenkt werden und dass parallel dazu jene, die am meisten unter den Folgen leiden, Unterstützung erhalten.

*Paul Baer, Tom Athanasiou, Sivan Kartha, 2007: *The Right to Development in a Climate Constraint World. The Greenhouse Development Rights Framework*. Berlin

BROT FÜR ALLE und *Fastenopfer* haben am 20. Juni 2008 in Bern ein internationales Symposium „Klimagerechtigkeit“ veranstaltet und die Auswirkungen des Klimawandels auf den Süden diskutiert. Die Referate zum Symposium können unter www.brotfueralle.ch heruntergeladen werden.

Ökokapitalismus – ein Alptraum für Linke?

Ökokapitalismus oder, moderater klingend, nachhaltige Marktwirtschaft sind angesagt. Eine innovative Ökonomie soll mit neuer Technologie im Dringlichkeitsverfahren richten, was die Politik über Jahrzehnte versäumte. Die ganz grosse Koalition von WTO bis WWF wird beschworen. Unbequem für linke, kritische Geister, die sich der akuten ökologischen Herausforderung stellen wollen.

Denkanstösse dazu liefert „*Klima der Gerechtigkeit*“, die Dokumentation eines grünrot eingefärbten Kongresses vom Mai 2007 in Berlin. Eben war der neue IPCC-Bericht vorgelegt worden. Debatten um Reduktionsziele, Wege und Instrumente überall. Interessiert verfolge ich, wie die meist basisnah engagierten Fachleute auf den Hype der Klimadebatte nach Gore und Stern reagierten. Nun gelte es, „blinde Flecken des herrschenden Klimadiskurses“ aufzuzeigen. Die postulierten „marktkonformen Massnahmen und Techniken bergen teilweise tatsächlich ein Potential für Klimaschutz“. Aber müssten wir nicht „unsere Art des Wirtschaftens und Konsumierens grundsätzlich infrage stellen“? In der aktuellen Auseinandersetzung werde meist übersehen, wie sehr der Klimawandel „ein Ausdruck globaler Ungerechtigkeit“ ist. All das wird angesprochen. Vortrag um Vortrag, Text um Text. Von den Gefahren des Agrospritbooms bis zu den Absurditäten im internationalen Emissionshandel erfolgt ein Aufriss der Punkte, die kritisch zu prüfen sind. Oft zu kurz, im Detail kontrovers, wie das bei solchen Readern eben ist. Dafür offen, lebendig und dank beigelegtem Video nicht nur deprimierend. Empfehlenswert.

Ein guter Test für grüne Linke ist die Debatte im Schlussteil des Buches. Reinhard Bütikofer von den Grünen, Jennifer Morgan als Exponentin des World Wildlife Fund und Sven Giegold von Attac Deutschland präzisieren eine Position, die im Titel des Beitrags von Morgan wie folgt zugespitzt wird: „Energiewende? Nicht ohne Kapitalismus!“ Sie sieht das Dilemma: „Ironischerweise benötigen wir zur Bekämpfung des Klimawandels genau jenes System, welches diesen verursacht. Auch wenn der Kapitalismus viele Fehler und Mängel aufweist, müssen wir sein Potential im Kampf gegen den Treibhauseffekt nutzen – denn die Zeit drängt.“ (S. 162) Um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, brauche es Investitionen im Billionenbereich. Die erforderliche „politische Revolution“ müsse „sowohl von den Unternehmen als auch von der Gesellschaft getragen“ und durch globale Regulierungen plus entsprechende Gesetze gesichert werden. Bütikofer hat mit der „grünen Marktwirtschaft“ kein Problem. Er verkauft sie locker als Programm seiner Partei.

Giegold, dessen Organisation zu den Trägern der McPlanet-Treffen gehört, ortet im hier angesprochenen Spannungsfeld zwischen Ökologie und Kapitalismus ein „Top-Thema“ des Kongresses. Der eingeplante Workshop dazu war überfüllt, bei den Grossanlässen gab es für kapitalismuskritische Äusserungen viel Beifall. Gleichzeitig gewann er den Eindruck, „dass radikale Kapitalismuskritik nur von wenigen auf den Podien vertreten wurde.“ Auch in der breiten Öffentlichkeit konstatiert er „eine Re-Ideologisierung der umweltpolitischen Diskussion“, mit „Tabus und fragwürdigen Gewissheiten“ auf

beiden Seiten. Bei der Verteilung knapper Ressourcen über den Marktmechanismus werde die Dimension der Ungleichheit gern übersehen. „Mobilität etwa würde für Arme zu einem kaum erschwinglichen Luxusprodukt.“

Beim globalen internationalen Emissionshandel nach bisherigem Muster würde sich „in den reichen Ländern auf lange Zeit kaum etwas bewegen“. Vieles sei vielleicht ökonomisch effizient, politisch jedoch falsch. Der „ökologischen Kapitalismuskritik“ billigt Giegold von Attac „starke Argumente“ zu, aber nur „schwache realpolitische Alternativen“. Und dann nennt er als entscheidenden Punkt, „dass die Wende schnell vollzogen werden“ müsse, „sehr schnell“. Nebst anderen Produktions- und Konsummustern brauchten wir neue Technologien. Bei richtigen Rahmensetzungen gelinge deren Entwicklung und Verbreitung „in keinem System so schnell wie in kapitalistischen Marktwirtschaften“. Auf das Potential einer „Ökologisierung des Kapitalismus“ zu verzichten, weil dies unser Wirtschaftssystem eventuell stabilisiere, wäre zynisch. „Linke müssen aufpassen, dass sie sich mit regulierungsskeptischen Positionen nicht zu Helfern der Verschmutzerindustrien machen.“

In einer Nachbemerkung dazu kann Ulrich Brand zwar die Widersprüche einer links-grünen Politik nicht ausräumen, aber er verbindet sie mit der Perspektive möglicher Lernprozesse. „Die Bedingungen für einen tiefgreifenden sozial-ökologischen Wandel sind auch deshalb nicht gut, weil viele Menschen an den gegenwärtigen nicht-nachhaltigen Verhältnissen teilhaben wollen: Autos, Reisen, billige Konsumgüter made in China.“ Das könne ohne eine kulturelle Umorientierung und attraktive Vorstellungen eines „guten Lebens“ nicht einfach durch Politik auf lokaler,

nationaler und internationaler Ebene geändert werden. „Klimapolitik von links“ müsste hier wieder initiativ werden, glaubwürdig „für eine emanzipatorische Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse“ eintreten und sich so „von technokratischen Modernisierungsvorstellungen unterscheiden“ (S. 174)

„Zur Lage der Welt 2008“ – der jüngste Bericht des Worldwatch Institute – zeigt die Zwiespältigkeit einer „nachhaltigen Marktwirtschaft“ exemplarisch. Die einleitenden Beiträge lassen sich ohne Verlust überschlagen. Alarm- und Zuvorsichtsrhetorik. Immerhin endet der Präsident des WWI mit einem Zitat von Einstein: „Wir können Probleme nicht mit derselben Denkweise lösen, mit der wir sie geschaffen haben.“ Doch im ersten Teil dominiert der Ruf nach Innovationen und Investitionen, neuen Technologien und neuen globalen Koalitionen. „Unternehmen, Zivilgesellschaft und die Regierungen“ gemeinsam – die Reihenfolge ist kein Zufall – könnten den Durchbruch zu einer „nachhaltigen Wirtschaft“ schaffen.

Der als Erfinder des „Faktor 4“ bekannte L. Hunter Lovins will zwar im dritten Kapitel „unsere Produktionsweise überdenken“, meint aber deren Effizienz. Nun eben mit Faktor 20. „Es gibt immer stärkere Hinweise darauf, dass selbst solche ehrgeizigen Ziele am Markt durchzuführen und zu erreichen sind.“ (S. 79) Bei „noch grösseren Gewinnen“. Wal-Mart, Toyota, General Electric und viele andere zeigten, wie der Umwelt zu helfen und zugleich Geld zu verdienen sei. Sie würden der „Grünwäscherei“ beschuldigt. „Oft ist jedoch Heuchelei der erste Schritt zur wirklichen Veränderung.“ Ja, so gesehen.

„Die Leistungen der Natur bezahlen“, so ist der Mittelteil überschrieben, wo es etwa um Emissionsrechte geht. In den

Finanzzentren rund um die Welt sind Broker „eifrig dabei“, mit diesem „Schlüsselrohstoff des 21. Jahrhunderts“ zu handeln. Auch die freiwilligen Kohlenstoffmärkte, wo Einzelpersonen, Unternehmen und Kommunen in Projekte investieren, verzeichneten „einen wahren Boom“. Dann doch die Mahnung zur Vorsicht: Kohlenstoffneutralität ist „kein neutraler Begriff“. Zumindestens müsste der vom WWF entwickelte „Gold Standard“ eingehalten werden und parallel zu den Kompensationen wäre der Konsum zu reduzieren.

Trends und Details der neuen Öko-Ökonomie werden beschrieben: „Wert des Wassers“. „Bankgeschäfte mit der biologischen Artenvielfalt“. Gemeint ist da nicht die Biopiraterie. Es geht um Naturflächenkompensation, die dem Feuchtgebiet-Makler in Kalifornien, der das neue Business erfand, so viel Profit eintrug, dass jüngst eine Kapitalbeteiligungsfirma in seine Wetland Mitigation Bank einstieg. Alpträume für grüne Linke. Und wieder das Argument: „Es mag seltsam und gegen alle Intuition klingen, doch die Lösung zum Verlust von Biodiversität kann tatsächlich in eben jenen Märkten liegen, die das Problem zu verursachen scheinen.“ (S. 216) Zumindest wäre bei solchen Experimenten „viel zu lernen“.

Dann, ab Kapitel 9, kippen die Lösungsvorschläge zunehmend ins Alternative, ja fast Subversive. Gemeinschaftsgüter werden als zentrale Elemente der Parallelwirtschaft beschworen, Ökodörfer und Kooperativen als Rettungsanker für den Fall, dass „die globale Wirtschaft kollabieren würde“. Jason S. Calder kritisiert Top-Down-Entwicklungsmodelle, erinnert an die politischen Ursachen der Armut. „Die Armen sind arm, weil die Reichen und Mächtigen Institutionen geschaffen haben, die ihren Interessen dienen.“

Dass der nächste Beitrag ausgerech-

net eine im Kern erneuerte WTO zur globalen Koordinatorin des anderen Wirtschaftens machen will, ist schwer nachzuvollziehen. Sie stecke heute in der Krise, weil „der Abstand zwischen dem, was verkündet, und dem, was tatsächlich verwirklicht wurde, zu gross wird“. Die noch dominierenden Kräfte, zumal die USA, müssten wohl oder übel „akzeptieren, dass die Welt sich gewandelt hat“. Es gelte nun, die Präambel der Gründungsdokumente der Welthandelsorganisation mit Inhalt zu füllen, wo nach dem Erdgipfel in Rio das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung festgeschrieben ist. Mark Halle, der das Genfer Büro eines International Institute for Sustainable Development leitet, sieht „keinen Grund, warum dies nicht funktionieren sollte“ (S. 331). Damit endet das Buch. Die aktuelle Lage der Welt? So konfus scheint sie zu sein.

Doch die Lektüre der beiden Bände zeigt gut, wo Linke bei aller Dringlichkeit die Akzente anders setzen müssen. Aus der Krise darf kein kurzfristig für Minderheiten profitables Krisenmanagement resultieren – neue Risiken aus neuen Risikotechnologien. Unsere kritischen Grundsatzfragen wie der Widerstand gegen schnelle Verfahren „mit derselben Denkweise“ sind unerlässlich, wenn Ursachen und Alternativen im Blick bleiben sollen.

Stefanie Hundsdorfer / Elisas Perabo (Hrsg.) : McPlanet.com 2007. Klima der Gerechtigkeit. VSA-Verlag, Hamburg, 2007 (191 S., mit DVD, € 12.80)

Zur Lage der Welt 2008. Auf dem Weg zur nachhaltigen Marktwirtschaft? Hrsg. vom Worldwatch Institute in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch. Westfälisches Dampfboot, Münster, 2008 (333 S., € 19.90)

Achim Brunnengräber / Kristina Dietz / Bernd Hirschl / Heike Walk / Melanie Weber: Das Klima neu denken. Westfälisches Dampfboot, Münster 2008 (250 S., € 24.90)

Erklärtes Ziel der Autorinnen und Autoren ist es, mit dem üblichen Blick auf die Klimaproblematik und die internationale Klimapolitik zu brechen. Das Buch ist auch konzeptionell ein besonderes Projekt, wurde es doch gemeinsam von fünf AutorInnen verfasst. Achim Brunnengräber, Kristina Dietz, Bernd Hirschl, Melanie Weber und Heike Walk arbeiten seit 2002 in einer interdisziplinären Forschergruppe zusammen. Sie untersuchten den Klimawandel und die Klimapolitik als Mehrebenensysteme und analysierten die Wechselverhältnisse zwischen lokaler, regionaler, nationaler und globaler Politik und individuellem Verhalten.

Das Klima muss neu oder anders gedacht werden, so die AutorInnen, weil bei den vorherrschenden institutionalistischen, staatszentrierten, klassisch-ökonomischen und liberal-demokratischen Denktraditionen wichtige Themen aus dem Blickfeld geraten. Und obwohl absehbar ist, dass die Reduktionsziele des Kyoto-Protokolls nicht erreicht werden, führt das nicht dazu, dass das Verhandlungssetting und die Vorherrschaft der ökonomischen Instrumente des Emissionshandels hinterfragt werden.

Wenn sich der wissenschaftliche Mainstream mit den klimapolitischen Herausforderungen befasst, so wird nach den zentralen, global handlungsfähigen Akteuren gesucht und die institutionellen Anforderungen einer effizienten und ökonomisch tragfähigen Problemlösung erforscht. Die Bereitschaft der Akteure zu kollektivem transnationalen Handeln und die ge-

meinsame Sorge um die Zukunft des Planeten wird nicht hinterfragt. Die AutorInnen betrachten dagegen die Klimapolitik als ein umkämpftes „Konfliktterrain“, „das jenseits der multilateralen Verhandlungen im globalen Maßstab soziale Kämpfe und Aushandlungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene umfasst und bereits bei der sprachlich-symbolischen Problemdefinition beginnt.“

Das Konzept der „Multi-Level-Governance“, das als Ausgangspunkt des theoretischen Rahmens dient, betont die vielfach verflochtenen Netzwerkstrukturen auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene, mit denen zunehmend versucht wird, komplexen Problemlagen Herr zu werden. Unter anderem um dem Problemlösungs-Bias der Multi-Level-Governance-Ansätze zu begegnen, werden diese mit regulations- und raumtheoretischen Ansätzen ergänzt. So werden räumlich-institutionelle Rekonfigurationen als Bestandteil des Übergangs zu einer post-fordistischen Entwicklungsweise gesehen. Der Mehrebenenansatz relativiert seinerseits die Staatszentriertheit, welche der Regulations- theorie zurecht vorgeworfen wird. Schliesslich wird die in den Natur- wie in den Gesellschaftswissenschaften verankerte dichotomische Sichtweise auf Natur und Gesellschaft mit dem Konzept der „Gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ aufgehoben.

Regulationstheoretisch lässt sich die internationale Klimapolitik statt als Politik zum Schutz des Klimas „als eine Krisen entschärfende Regulation des gegenwärtigen fossilistischen Wachstumsmodells“ beschreiben, die möglichst geringe Kosten verursachen soll. Dabei werden die bestehenden institutionellen Mechanismen der Naturbeherrschung nicht kritisiert, sondern mit Marktmechanismen und neuen Techno-

logien wird die Krise berechenbarer gemacht und die Natur bleibt beherrschbar.

Die einzigen Instrumente, die sich im Verlauf der Klimaverhandlungen durchsetzen konnten, sind die Marktmechanismen (die sogenannten flexiblen Mechanismen). Das ist einerseits der Emissionshandel mit nicht ausgeschöpften, vom Kyoto-Protokoll zugestanden Emissionen, andererseits die projektgenerierten Emissionsgutschriften (Joint Implementation und Clean Development Mechanism). Diese Instrumente führen nicht zu einer Transformation der fossilen Energiesysteme, ihre Innovationswirkung ist gering und sie sind so „kosteneffizient“, dass sie keine Anreizwirkung für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen haben. Allerdings, und dies ist ein Grundwiderspruch, den das Buch überzeugend herausarbeitet, ist Abkehr vom Fossilismus auch gar nicht das Ziel der Klimapolitik. Da lediglich die „Output“-Seite der Emissionen verregelt wird, bleibt die „Input“-Seite des Verbrauchs fossiler Brennstoffe ausser Acht. Dabei gibt es sehr wohl auch ein internationales Politikfeld auf der „Input“-Seite, aber dort geht es um die Sicherung des Zugriffs auf knapper werdende fossile Ressourcen.

Mit verantwortlich für die selektive Konzentration auf Emissionen ist auch bereits die Problemdefinition. „Der Klimawandel ist mit seinen unüberschaubaren sozio-ökonomischen und ökologischen Konsequenzen eine tiefgreifende Gesellschaftskrise. Er wird jedoch im politischen Diskurs vor allem als globales Umweltproblem beschrieben, definiert und behandelt. Dies ist notwendig, um Kohärenz zu gewährleisten; Kohärenz zwischen der globalen Regulation des Wettbewerbs, der mehr denn je um den Zugang zu Ressourcen und die Energiesicherheit ausgetragen

wird, sowie der globalen Regulation der globalen Emissionsentwicklungen.“ So im Kapitel „Strategische Selektivitäten und Hegemonie“.

Die Einhegung der Klimaproblematik und die marktförmige Lösungssuggestion haben auch Auswirkungen auf die Individuen. Trotz einem (medialvermittelten) vergleichsweise hohen Problembewusstsein kommt es nicht zu Verhaltensänderungen: Die Ausblendung der Gesellschaftskrise erlaubt es, Konsumstile und Mobilitätsbedürfnisse nicht in Frage stellen zu müssen.

Die AutorInnen beleuchten zwei blinde Flecken der Klimapolitik gesondert: die erneuerbaren Energien und die Frage der Verwundbarkeit und der Anpassung an den Klimawandel. Erneuerbare Energien fehlen als Thema sowohl in der Klimarahmenkonvention als auch im Kyoto-Protokoll. Und das obwohl diese im Unterschied zu CO₂-freien Grosstechnologien keine neuen Risiken produzieren und dezentral genutzt werden können, wodurch sie auch für zwei Milliarden Menschen ohne Stromversorgung in Entwicklungsländern eine Chance sind. Auch der wissenschaftliche Klimarat der UNO (IPCC) hat den Erneuerbaren Energien keine Studie gewidmet – im Unterschied etwa zur kontroversen Kohlenstoff-Abscheidung und Lagerung für Kohlekraftwerke.

Im Zentrum der Untersuchung steht deshalb das Deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Die damit eingeleitete Förderung neuer Technologien hat nicht nur zu Emissionsreduktionen geführt, die höher sind als diejenigen, die mit Emissionshandel erreicht werden. Die Mittelständischen Betriebe aus diesem Sektor sind mittlerweile auch beim Export erfolgreich. Die Mehrebenenanalyse erweist sich bei dieser Fallstudie als aussagekräftig. Kommunale und lokale Initiativen

hatten den Boden dafür bereitet, so dass es gelang, auf der nationalen Ebene gegen den Widerstand des Wirtschaftsministerium und der mächtigen Energiekonzerne die Förderung von erneuerbaren Energien durchzusetzen. Die unterlegenen Konzerne sammelten ihre Kräfte auf der supranationalen Ebene. Durch Lobbying der EU-Kommission und das Weiterziehen einer Klage an den Europäischen Gerichtshof versuchten sie die verhasste Einspeiseverfügung zu kippen.

Für Förderung von erneuerbaren Energien als Teil einer wirklichen Lösung der Klimaproblematik war die Ebene der internationalen Klimapolitik bisher irrelevant. Die Erfolge dieses Industriezweigs in Deutschland führte aber dazu, dass sich die Deutsche Regierung mit der „Renewables“-Regierungskonferenz 2004 in Bonn für einen parallelen internationalen Prozess stark machte. Die Bedeutung von nationalen Vorreitern für den Erfolg von internationalen Abkommen ist aus anderen Bereichen der internationalen (Umwelt-)Politik bekannt.

Das Thema der Anpassung an den Klimawandel wurde lange Zeit als Konkurrenz zu vorsorgendem Handeln gesehen und hatte deshalb weder bei den Vorreitern unter den Staaten noch unter den Umwelt-NGOs eine Lobby. Die besonders betroffenen Entwicklungsländer waren in den Klimaverhandlungen marginalisiert und die direkt Betroffenen „verletzlichen“ Gruppen vollständig abwesend. Bei der von der internationalen und nationalen Ebene erfolgenden Problemdefinition und -eingrenzung stehen geographische (Trockengebiete, tiefliegende Küsten) oder sektorale (Subsistenzlandwirtschaft, Tourismus) Determinanten von Verwundbarkeit im Zentrum, nicht aber sozio-ökonomische wie Marginalisierung oder Gender.

So überrascht es auch nicht, dass eine Analyse der Anpassungsplanung in Tansania und Nicaragua zu folgendem Schluss kommt: „Die gegenwärtigen Instrumentarien und Strategien zielen kaum auf die Förderung der Anpassungsfähigkeit der marginalisierten Bevölkerung. Die Interessen derjenigen Bevölkerungsgruppen, die aufgrund sozialer, ökonomischer, genderspezifischer und struktureller Aspekte besonders verwundbar gegenüber den Folgen des Klimawandels sind, fließen in die ebenenübergreifenden politischen Planungs- und Entscheidungsprozesse nicht oder nur sehr unzureichend ein.“ (Einleitung)

Das Buch ist ein überzeugendes Beispiel für ein „thinking outside the box“, das die ausgetreten Pfade des Mainstreams verlässt und den Klimawandel als eine tiefgreifende Gesellschaftskrise analysiert. Es zeigt, dass lokale, nationale und internationale Politikprozesse nicht unabhängig voneinander begriffen werden können. Dass die anspruchsvolle Integration von verschiedenen Theorien, Analyseebenen und Themensträngen nicht immer überzeugend gelingt und einige Kapitel daher eher nebeneinander als miteinander in Beziehung stehen, ist bei so einem ambitionierten Projekt den AutorInnen nachzusehen. Ebenso, dass keine einfachen Lösungen präsentiert werden können.

Lösungsansätze können nicht von oben verordnet werden, „sondern müssen im gesellschaftlichen Diskurs entwickelt werden.“ Damit das Buch seinen Beitrag dazu leisten kann, müssten die wichtigsten Erkenntnisse aus diesem kollektiven sozialwissenschaftlichen Denkprozess herausgearbeitet und in eine alltags- und politiktaugliche Sprache übersetzt werden. Damit aus dem Denken ein neues Handeln wird.

Andreas Missbach

Markus Wissen, Bernd Röttger, Susanne Heeg (Hrsg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Westfälisches Dampfboot, Münster, 2008 (317 S., € 29.90)

Erschütterungen hatte es vorher schon gegeben, aber erst die Globalisierung hat der traditionellen Humangeographie endgültig den Boden unter den Füßen weggezogen. Die Gleichsetzung von „Raum“ mit Natur, die lange als Grundlage dieser Disziplin fungiert hatte, war nicht mehr aufrechtzuerhalten, als deutlich wurde, in welchem ungeheuerlichen Ausmaß gesellschaftlich produzierte Technik Natur verändert. Und die Orientierung an nationalstaatlich umgrenzten Gebieten als Forschungsgegenständen der Geographie wurde offensichtlich obsolet, als grenzüberschreitende Praxis im Bereich von Produktion und Konsumtion, von Politik und Kultur dominant wurde.

Im Ergebnis hat diese Erschütterung bisheriger Selbstverständlichkeiten die Geographie von ihrem bisherigen Status der Hilfswissenschaft emanzipiert und sie zu einem der „relevantesten Ideenspeicher für PolitologInnen, SoziologInnen und kulturwissenschaftliche(n) ForscherInnen“ werden lassen, schreiben Rianne Mahon und Roger Keil im vorliegenden Band. Zum Teil ist dieser Bedeutungszuwachs auf den sog. *spatial turn* zurückzuführen, der sich im *Mainstream* der Gesellschaftswissenschaft vollzog, als sich der Maßstab ökonomischer und politischer Praxis nachdrücklich veränderte. Soweit dieser *turn* in die deutsche Gesellschaftswissenschaft Eingang erhielt, ist er ganz überwiegend in abstrakten Reflexionen über den Raum verarbeitet worden.

Die Herausgeber der Reihe „Raumproduktionen“, deren dritter Band hier

zu besprechen ist, versuchen, die Grenzen derartiger Reflexionen dadurch deutlich und überwindbar zu machen, dass sie weiterreichende analytische Konzepte veröffentlichen. Dabei handelt es sich insbesondere um Diskussionen im Zusammenhang der sog. „Radical Geography“, um die Arbeiten der Klassiker dieser Forschungsrichtung wie vor allem Henri Lefebvre und David Harvey, aber auch um Anwendungen und Fortentwicklungen dieser Ansätze, an denen inzwischen auch hierzulande gearbeitet wird. Auf diese Weise soll nicht nur die Diskussion unter Geographinnen und Geographen beeinflusst, sondern auch deutlich gemacht werden, dass es den Gesellschaftswissenschaften an einer neuen Raumtheorie gebricht.

Dieser Anspruch ist berechtigt und wird auch im vorliegenden Band der Reihe eingelöst, obwohl – und vielleicht sogar: weil – er die theoretischen und analytischen Probleme, für die noch keine Lösung gefunden wurde, besonders deutlich werden lässt. Beginnen wir mit dem Titel: Dass die im Englischen gebräuchliche Formulierung *Politics of Scale* für die deutsche Veröffentlichung übernommen wurde, verweist auf ein inhaltliches Problem. Wörtlich übersetzt müsste im Deutschen von Politiken mit Ausrichtung auf unterschiedliche Maßstäbe die Rede sein. Dann sind wir aber schnell wiederum bei einem Konzept, das *scales* in Hierarchien einordnet, ihnen jeweils spezifische Eigenschaften und womöglich ein dialektisches Verhältnis zuschreibt.

Diese Gefahr ist auch in einigen Beiträgen zum vorliegenden Band präsent (u.a. Stefan Kipfer, S. 91), besonders deutlich immer dann, wenn die Zuordnung unterschiedlicher Kompetenzen zu lokalen, regionalen, nationalen oder internationalen politischen

Institutionen diskutiert wird (Susanne Heeg). Die – im einzelnen durchaus interessanten - Ergebnisse hätten auch gefunden werden können, ohne dass vom Charme der angelsächsischen Terminologie (Bettina Köhler, S. 209) Gebrauch gemacht worden wäre. Tatsächlich benutzt etwa Margit Mayer den Terminus nur in der Überschrift ihres Beitrages, spricht ansonsten aber von Arenen. Auch für die Anwendung der Arbeitsgeographie von Andrew Herod auf ein konkretes Forschungsprojekt zum überbetrieblichen Engagement von Betriebsräten (Bernd Röttger) wäre mit dem Terminus „Arena“ durchaus auszukommen gewesen.

Für einige Autorinnen und Autoren zum vorliegenden Band liegt der Kern der analytischen Konzeption *Politics of Scale* in der Erkenntnis, dass Räume nicht nur durch konkrete ökonomische, politische und/oder kulturelle Strategien konstituiert werden, also etwa durch Verlagerung von Produktionsprozessen, durch internationale *governance* oder die weltweite Vermarktung von Moden und Denkrichtungen, sondern dass die so konstituierten Räume ihrerseits auf gesellschaftliche Prozesse und damit auch auf ganz konkrete Strategien zurückwirken. Wird diese Erkenntnis für konkrete Analyse genutzt, besteht allerdings die Gefahr, dass die neukonstituierten Räume theoretisch gewissermaßen naturalisiert werden. Besonders deutlich wird diese Gefahr bei Versuchen, regulationstheoretische Ansätze mit den analytischen Konzepten skalarer Praxis zu verknüpfen (Christoph Scheuplein). Wir geraten hier leicht in jene Scholastik unterschiedlicher Institutionen, die sich in vielen regulationstheoretischen Beiträgen finden lässt.

Andererseits beharrt etwa Anke Strüver nachdrücklich darauf, dass *scales* als analytische Konstrukte zu

verstehen und Skalierungen deshalb keinesfalls als konstitutive Elemente gesellschaftlicher Beziehungen missverstanden werden dürfen. Damit wird zugleich das in der *Scale*-Debatte beliebte Konzept des *jumping scale* kritisiert, das *scales* als bereits bestehende Räume unterstellt, zwischen denen sich Akteure hin und her bewegen (kritisch auch Mahon/Keil, Belina und Brenner). Um dieser Gefahr zu entgehen, schlagen einige vor, nicht *scales* zu untersuchen, sondern skalare Praxis, also Strategien und Prozesse der Skalierung und Reskalierung (nachdrücklich Belina). Der Fokus wird also auf Akteure und auf deren einander widersprechende oder sich auch gegenseitig verstärkende Strategien der Veränderung räumlicher Maßstabebenen verlagert.

Eine analytische Konzeption, die darauf ausgerichtet wäre, das Verhältnis zwischen *scaling* als Prozeß und *scale* als – noch so vorübergehender – Struktur zu bestimmen, wird damit ausgeschlossen. Markus Wissen (S. 20) hält das für eine problematische Folge dieser Interpretation. Wer sich ihr anschließt, betont den instrumentellen Charakter von Skalierungen und sieht in diesen eine Dimension der Räumlichkeit sozialer Prozesse. Neil Brenner hebt hervor (S. 58, 80), dass es zusätzliche Dimensionen räumlicher Prozesse gibt. Der Vorschlag (Paul zit. bei Mahon/Keil, S. 41), statt von Globalisierung von *rescaling* zu sprechen, ergibt sich folgerichtig aus diesen Diskussionen.

Die Rezensentin ist keine Geographin. Trotz ihrer Beschäftigung mit der Integration der Humangeographie in Gesellschaftswissenschaft tut sie sich deshalb immer noch schwer damit, dass physisch-materielle Bedingungen gesellschaftlicher Praxis in wissenschaftlichen Diskussionen über Konzepte kritischer geographischer Analyse

derzeit kaum eine Rolle spielen. Umso erleichterter war sie deshalb, in dem Beitrag von Matthias Bernt und Christoph Görg den Hinweis zu finden, dass Fließrichtungen von Gewässern nicht gesellschaftlich konstruiert sind (S. 246), ihrerseits aber durchaus Probleme aufwerfen können, die in gesellschaftlich konstituierten Räumen bewältigt werden müssen. Tatsächlich werden im Zusammenhang der Diskussionen über *Politics of Scale* – Bettina Köhler hat dies systematisch ausgeführt – Fragen nach Umwelt und Kultur erst neuerdings gestellt (S. 208).

Dass ökologische Prozesse sich nicht in die skalaren Strukturen staatlicher Regelungen einbinden lassen (Köhler, S. 213; Matthias Bernt/ Christoph Görg, S. 227f.), ist inzwischen ebenso Alltagswissen wie die Feststellung, dass die Definition eines ökologischen Problems vom jeweiligen Standpunkt abhängt. Globale Ressourcenmanager diskutieren die Gefährdung des Regenwaldes anders als die dort lebende Bevölkerung (ibid, S. 213).

Hier treffen wir also wieder auf das potentielle *scale jumping* von Akteurinnen, ein Argument, dem sich wohl nicht entgehen lässt, sobald *governance* im Spiel ist (S. 218). Köhler selbst konzentriert sich dann aber auf Ansätze, in denen die Produktion von Natur thematisiert ist, anders gesagt, in denen nicht nur wechselseitige Einflüsse zwischen gesellschaftlichen und natürlichen Gegebenheiten angenommen, sondern eine dermaßen weitgehende Durchdringung unterstellt wird, dass nicht mehr länger zwischen Natur und Gesellschaft unterschieden werden kann (S. 215).

Ebenso wie vorfindliche „Natur“ das Produkt einer langen Geschichte gesellschaftlicher Prozesse und Konflikte darstellt, ist jede Politik zugleich „Umweltpolitik“ (S. 217). Während es

sich dabei vielfach um nichtintendierte Handlungsfolgen handeln mag, wird die Strategie der skalaren Restrukturierung häufig durchaus bewusst eingesetzt, wenn es darum geht, den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu kontrollieren (S. 218).

Bernt/Görg weisen darauf hin, dass kritische Diskussionen im Feld der Umweltanalysen die unterschiedlichen *scales* vorläufig zumeist noch als gegeben unterstellen und damit wichtige Einsichten der *Scale*-Debatte (die Bedeutung der Wahl einer *scale* sowie Strategien der Reskalierung) ungenutzt bleiben. An zwei konkreten Problemfeldern, dem *Millenium Ecosystem Assessment* und der Praxis des Stadtumbaus zeigen sie auf, welcher zusätzliche analytische Gewinn ihrer Ansicht nach aus den Ansätzen, die dem Zusammenhang der *Scale*-Debatte entstammen, zu ziehen ist.

Ebenso wie gegen weitere Beiträge zu diesem Band lässt sich dennoch einwenden, dass eine stringente wissenschaftliche Analyse der räumlichen Dimensionen gesellschaftlicher Praxis auch ohne die Terminologie der *Politics of Scale* auskommen kann. Worauf sie allerdings nicht verzichten kann, ist die nachdrückliche Warnung vor *scalar traps*, vor Argumentationen also, die einzelnen *scales, levels, sites* bestimmte Eigenschaften und eine – zumindest zeitweise – Dauer zuschreiben. Kaum jemand ist besser gewappnet, diese Warnungen theoretisch überzeugend zu formulieren als Geographinnen und Geographen, die sich gründlich mit der Kritik essentialistischer Raumkonzepte beschäftigt haben. Der vorliegende Band ist deshalb allen zu empfehlen, die sich an die Analyse von Städten, von Ressourcenkonflikten, von *governance* und von Strategien globaler Restrukturierung wagen wollen.

Heide Gerstenberger

Amerikanismus, Passive Revolution und Hegemonie

Gramsci-Diskussionen und ihre Aktualität

Die Prognose von Joseph Buttigieg, dem amerikanischen Herausgeber von Gramscis Gefängnisheften, wonach die Arbeit an der Übersetzung der Gefängnishefte das Potential der Gramsci-Forschung erst recht zur Entfaltung bringen werde, scheint sich nach und nach auch im deutschen Sprachraum zu bewahrheiten. Davon zeugt neben weiteren Textausgaben u.a. der kürzlich erschienene von Andreas Merkens und Victor Rego Diaz herausgegebene Band „Mit Gramsci arbeiten“. Acht Jahre nach Abschluss der deutschen Ausgabe der Gefängnishefte ist es zwar immer noch weitverbreitete Praxis, von seinen Begriffen zu reden und von seinem Werk zu schweigen, dennoch hat die Diskussion seines Werks nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zugenommen und, wie der hier besprochene Sammelband dokumentiert, auch in verschiedenen Fachdiskursen Fuss gefasst.

Eine der grundlegendsten Diskussionen zu Gramsci ist diejenige zum Status seines Werks. Das sehen auch die Herausgeber des Bandes „Mit Gramsci arbeiten“ so und das kommt auch in der Anlage der neuesten deutschen Textausgabe Gramscis zum Ausdruck, dem von Thomas Barfuss betreuten Auswahlband zu Gramscis Amerika-Schriften. Obwohl diese Textausgabe in keinem ursächlichen Zusammenhang mit dem Sammelband von Merkens/Rego Diaz steht, führt er nicht nur in wichtige Quellen der hier verhandelten Themen ein, sondern macht auch die Arbeitsweise Gramscis und des Arbeitens mit Gramsci deutlich. Daher soll auf ihn kurz eingegangen werden.

Barfuss versammelt in seiner Edi-

tion nicht nur das bekannte Heft 22 über Amerikanismus und Fordismus, sondern schickt ihm verstreute Notizen zu Geschichte, Krise und Weltpolitik voraus und lässt ihm Gramscis Materialien und Reflexionen zur USA und ihren Intellektuellen sowie seine Notizen zur europäischen Wahrnehmung des „Amerikanismus“ und die Probleme eines nachholenden Fordismus folgen und schliesst mit einem Textblock, in dem Gramscis theoretische Interventionen dokumentiert werden, etwa „Gramscis Versuch, dem elitären Massen- und Vermassungsdiskurs seiner Zeit eine andere Wendung zu geben“ oder „seine Überlegungen zur Erziehung der Intellektuellen unter den neuen Bedingungen“ (Barfuss, S. 9).

Diese Struktur macht deutlich, dass Gramscis meist fragmentarische Einzeluntersuchungen in einem Netz von Verknüpfungen stehen, etwa denen der fundamentalen Klassen und Produktionsverhältnisse, der internationalen Kräfteverhältnisse, der nationalen Kulturverhältnisse, Geschlechterverhältnisse, der Intellektuellenbewegungen und -organisationen und zugleich immer die Frage nach den praktischen Interventionsmöglichkeiten zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse stellen. Daher findet man auch bei einem Thema wie Amerikanismus und Fordismus, wie Barfuss zeigt, immer auch ein Ausgreifen in verschiedene Fachdiskurse von der Politischen Ökonomie über die Politischen und Gesellschaftswissenschaften und Ideologietheorie bis zur Literatur- und Kulturtheorie.

Diese Arbeitsweise Gramscis nehmen sich auch die Herausgeber des Bandes „Mit Gramsci arbeiten“ zur

Richtschnur, wenn sie kritische Begriffsbildung einfordern, die Begriffe "im wissenschaftlichen Vokabular wie im alltagsverständlichen Gebrauch" aufnimmt, um sie "gegenüber veränderlichen Politiken zu hinterfragen, sie anzugreifen, umzuschreiben und neu zu positionieren, abzulehnen oder fortzuschreiben." (S.8) An die Autoren, die die meisten auch Beiträger einer Vorlesungsreihe zu Antonio Gramscis Gefängnisheften waren, stellen sie zwei Anforderungen: 1) "soll die Rezeption, Aktualisierung und Übertragbarkeit der Begriffe und/oder Analyseweise nachvollziehbar werden" und 2) soll Gramscis "Motivation für seine Theoriebildung und Analyseweise", "die Suche nach einer Erneuerung von Erkenntnissen und Standpunkten, die Herrschaftskritik und Befreiungspolitiken weiterentwickeln können", einbezogen werden.

Dass ein erster Zugang zu Gramsci dabei irritierend sein kann, zeigt Frigga Haug in ihrem Versuch, "mit Gramsci die Geschlechterverhältnisse [zu] begreifen". Ein erster Befund ergibt nämlich, dass man in den Gefängnisheften außerordentlich wenig zu Frauen findet. Zudem „stossen feministisch geschulte Blicke auf eine Reihe von Hindernissen in Gestalt befremdlicher, gar frauenfeindlich lautender Sätze“ (S.33), die aber, wenn man mit Gramsci den Blick weitet und "Frauenfrage in die sexuelle Frage, bzw. genauer in die sexuellen Verhältnisse" (S.35) verschiebt und sie mit seiner Analyse des Fordismus verknüpft, keineswegs „paternalistisch und verengt“ sind (Trentin, zit. nach Barfuss, S. 20), sondern neben der Analyse der Herausbildung einer Produktionsweise auch die einer Lebensweise und der damit verknüpften Formung der Menschennatur bietet. Vor diesem Hintergrund lassen sich die späteren Kämpfe der Frauenbewegung

als "Kämpfe gegen die fordistische Produktionsweise entziffern" (S.44). Haug exemplifiziert das an den Feldern Arbeit und Familie, zeigt aber auch die ideologische Vereinnahmung feministischer Forderungen in diesen Feldern durch High-Tech-Kapitalismus und neoliberale Lebensreform.

Wenn man nun mit Gramsci "Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse" fasst und "und den Begriff der Produktionsverhältnisse aus seiner Fixierung auf die Lohnarbeit" löst "und auf die gesamten Produktionen und ihr Zueinander, die des Lebens ebenso wie die der Lebensmittel" (S.51) bezieht, dann gelangt man zu einer Weiterführung "der von Gramsci begonnenen Analyse des Verhältnisses zwischen Regelung im Sexuellen, der Formung der Menschennatur und der Erfordernissen der gesellschaftlichen Arbeit im umfassenden Sinn." (S.53) Im Rückgriff auf Gramscis Analyse der Umwälzung der Geschlechterverhältnisse im Fordismus lässt sich auch die „Frage nach dem Zusammenhang der derzeitigen Umbrüche in der Produktionsweise und den Produktionsverhältnissen mit staatlicher Sexualpolitik und der Veränderung der Subjekte am Arbeitsplatz und in ihrer Stellung zur Gesellschaft“ (Haug, zit. nach Barfuss, S. 20) genauer formulieren.

In einigen der Beiträge des Sammelbands wird deutlich, wie sehr eine bei allen Unterschieden analoge Situation das Weiterdenken befördert: auf der Ebene der politischen Bewegungen entspricht die „Niederlage einer zuvor rasant gewachsenen Linken angesichts der faschistischen Herausforderung“ und die „Erstarrung der revolutionären Entwicklung in der Sowjetunion nach dem Tode Lenins“ zu Zeiten Gramscis in gewisser Weise der postkommunistischen Situation; auf der Ebene der Gesellschaftsformationen entspricht

die „Entstehung einer komplett neuen Produktions- und Lebensweise“ (S.17) einer Revolution ohne Revolution, die “die bürgerliche Herrschaft nicht nur bewahrt, sondern entwickelt” (S.18), in vielem auch der aktuellen Situation einer Herausbildung der hochtechnologischen Produktionsweise mit der Verflüssigung und Neugestaltung von Lebensweisen.

Wenn es auch Gramsci selbst kaum so gesehen hat, so ist er doch der erste marxistische Denker, mit dem sich die postkommunistische Situation denken lässt. In philosophischer Hinsicht sieht Wolfgang Fritz Haug Gramsci als einen der wenigen marxistischen Denker, die begriffen haben, dass mit Marx die “philosophische Grammatik” geändert hat. Gramsci hat daran selber weitergearbeitet, indem er Kants Emanzipation aus Unmündigkeit ins Soziale erweitert und von Marxens drei Kritiken, der Kritik der politischen Ökonomie, der Kritik der Ideologie und der Objektivismuskritik vor allem die letztere zu einer Philosophie der Praxis weiterentwickelt hat, die vorher und zu großen Teilen auch nachher weitgehend außerhalb des Marxismus verlief (vgl. S.197f.). Mit Gramsci lernen wir wieder erkennen, dass Marx “eine Geschichtsepoche” eingeleitet hat, “die vermutlich Jahrhunderte dauern wird” (S.191).

Es ist eines der nicht unwesentlichen Resultate von Gramscis Objektivismuskritik, dass die marxistische Linke aufhört, die eigene Gegenwart in Begriffen von Spät- oder Postkapitalismus zu denken, auf den zwangsläufig die sozialistische Revolution folgen müsse. Wie Gramsci seinerzeit begann, den Fordismus als eine Produktionsweise zu begreifen, die eine Weiterentwicklung kapitalistischer Produktion und bürgerlicher Herrschaft ist, so geht es heute darum, nach und nach die Umrisse einer hochtechnologischen Pro-

duktions- und Lebensweise zu erkennen. Barfuss zeigt etwa in seiner Einleitung zu Gramscis Amerikanismus-Schriften, wie Gramsci in der Tradition einer kritisch-positiven Amerika-Rezeption steht, die sich ebenso von der mythischen Überhöhung der USA fernhält wie von einer Aneinanderreihung von Ressentiments der Spiesser (vgl. Barfuss, S.17f). Während Gramsci aber den Fordismus als Antwort auf eine Krise in statu nascendi zu analysieren begonnen hat, sind wir es seit den Untersuchungen der Regulationsschule gewohnt, den Fordismus unter dem Aspekt der ausserordentlichen ökonomischen und gesellschaftlichen Stabilität der Nachkriegsordnung zu untersuchen (vgl. ebd., S.22f.). Diese Ordnung zerfiel unter dem Druck der Internationalisierung der Produktion und der Märkte nach dem Ende des Bipolarismus.

Im Sammelband weist Mario Candeias darauf hin, wie die “Fabrik, einst Ort, an dem sich die Arbeiterklasse durch ihre physische Präsenz konstituierte”, “auf der Basis der hochtechnologischen Produktionsweise ihre fragmentierte Globalisierung” erlebt. (S.27) Gramsci hatte dafür schon den Begriff der “gestreuten Fabrik” geprägt. Deren Folgen sind, wie Candeias zeigt, “Zersetzung und global-fragmentierte Neukonstitution des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters”, ständiger Umbau der Beschäftigtenstruktur”, Prekarisierung der Arbeit”, was zu einer Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, Kontrolle der Arbeiterschaft und deren Interessendiversifizierung führt. Zugleich schafft die “kapitalistische Restrukturierung des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen” einen “neuen flexiblen Arbeiter- und Menschentypus” (S.27), der vor allem für jüngere auch als “Befreiung [...] von monotoner Arbeit und

normierten Lebensweisen, hin zu einer Vielfaltigkeit von Lebensstilen und der Ausbildung von Patchwork-Identitäten" (S.28) erlebt wird. Daher kann sich der "geschichtliche Block des Neoliberalismus" "trotz seiner antisozialen Politik auf aktive und passive Zustimmung stützen" (S.30). Emanzipatorische Politik hat dies zu berücksichtigen, zugleich aber Widersprüche im hegemonialen Apparat, etwa abnehmende Kohärenz und schmalere gesellschaftliche Basis des neoliberalen geschichtlichen Blocks, für sich auszunutzen.

Die Folgen der Zerstreuung der Arbeiterklasse zeigt Bernd Röttger am Beispiel der bundesrepublikanischen Gewerkschaftspolitik der letzten vierzig Jahre. Während noch in den 1960er und 1970er Jahren die Gewerkschaftspolitik über ein korporatistisches Arrangement zwischen Staat, Kapital und Gewerkschaften eingebunden war, wurden die Gewerkschaften im England der Ära Thatcher eliminiert, in der Bundesrepublik hingegen "krisenpolitisch konditioniert" und zugleich die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen verbetriebligt, was für sie bedeutete, den "stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse" (Marx) zu akzeptieren. Am Beispiel eines Arbeitskamps in Norddeutschland zeigt Röttger, wie durch Répolitisierung und Verbindung mit der Region fordistische Stellvertreterpolitik überwunden und eine neue, schon von Gramsci geforderte Verbindung von Kämpfen im Betrieb und in der Zivilgesellschaft hergestellt werden kann.

Kürzlich hat ja auch der Arbeitskampf in den SBB-Werkstätten von Bellinzona gezeigt, wie eine solche Verbindung mindestens zu Etappensiegen führen kann. Röttger diskutiert allerdings nicht, wie die durch die "fragmentierte Globalisierung" vielfach gespaltene Arbeiterklasse über die geographischen, natio-

nenal, rassischen und Geschlechterspaltungen hinweg zu neuer Handlungsfähigkeit kommen könnte:

Weitere Beiträge des Bandes kreisen vor allem um Gramscis Hegemoniebegriff. Christoph Scherrer weist etwa auf dessen unscharfen Gebrauch in der aktuellen Diskussion hin. Sachlich erstreckte sich die Hegemonie vom allumfassenden geschichtlichen Block bei Gramsci bis zu einzelnen Politikfeldern, räumlich von der nationalen bis zur globalen Ebene (umfasst also auch das Feld der internationalen Beziehungen, von Krieg und Frieden). Hinsichtlich des Subjekts von Hegemonie fasst eine neogramscianische politökonomische Position Hegemonie als Handlungsermächtigung von Klassen und Klassenfraktionen, während eine an Foucault anschließende Hegemonieforschung diese als Hegemonie von Diskursen sieht. Auch der zeitliche Horizont differiert, je nachdem ob die Hegemonie eines Foucaultschen Diskurses oder eines Akkumulationsregimes in der Tradition der Regulationsschule in den Blick genommen wird.

Scherrer tendiert dazu, diese nicht als Gegensätze, sondern als unterschiedliche Untersuchungsrichtungen der Sichtweisen von Akteursgruppen und der Durchsetzungsprozesse von Machttechniken (etwa der Gouvernamentalität) zu sehen. Gegenüber Scherrers Perspektivierung ist allerdings zu fragen, wie Hegemonie ohne Rückgriff auf eine historisch bestimmte Produktionsweise überhaupt trennscharf bestimmt werden kann. Scherrers eigentliches Ziel ist aber der Einbezug der Demoskopie zur Erfassung hegemonialer Prozesse. Diese müsse „nicht nur als eine Form gesellschaftlicher macht dechiffriert“ werden, sondern könne auch „zur Analyse gesellschaftlicher Machtbeziehungen nutzbar gemacht werden“ (S.80).

Eine praktische Anwendung hegemonietheoretischer Überlegungen zeigt etwa Michael Jägers Relektüre von Gramscis Parteitheorie. Mit Blick auf die Ziellosigkeit heutiger Parteien verweist Jäger nicht nur darauf, dass Parteien ein Ziel haben, sondern auch, dass sie die Leute dahinter sammeln müssen. Weil die Partei die Leute nicht nötigen könne, stehe hinter Gramscis Parteitheorie gleichzeitig eine Kulturtheorie. Jäger fundiert diese im „Sprachspiel der Hegemonie“, das einer Antwortlogik, nicht einer Befehlslogik folge (S.135f). Obwohl Jägers Einwände gegen Gramscis Parteitheorie in bezug auf die Zieldifferenz der Führer und dem Vorherrschen einer Logik des Machterhalts bedenkenswert sind, scheint mir seine Lösung übers Sprachspiel zumindest problematisch. Bei der Diskussion um die Partei form geht es um einen Typ der Einheit, der nicht reduktiv ist. Gramsci hat so etwas versucht mit dem Begriff der Kohärenz, der Gesellschaft und Subjekt, geschichtlichen Block und Alltagsverstand miteinander verknüpft. Der Begriff ist bei Gramsci, im Unterschied zu seiner Verwendung im psychologischen, medizinischen und pflegerischen Diskurs, stets mit einem potentiell solidarischen Projekt verknüpft. Von daher liessen sich auch die von Jäger angesprochenen Probleme in Gramscis Parteitheorie neu diskutieren.

Die Hinweise bei Scherrer und die Position Jägers haben deutlich gemacht, dass die aktuelle Gramsci-Diskussion auch von kaum vereinbaren Gegensätzen durchzogen wird. Eine Gegenposition zur politökonomischen Gramsci-Interpretation nimmt etwa Oliver Marchart ein, der Gramsci im Anschluss an Laclau/Mouffe diskursanalytisch interpretiert. Bei Laclau/Mouffe gibt es, ausgehend von der Annahme, dass „das Soziale diskursiv strukturiert ist“, „keine fundamentale-

re Realität jenseits diskursiver Artikulationen“ (S.179). Für „das Politische“, welche das Soziale konstituiert, bedeutet dies, dass „kein einziger sozialer Akteur eine ontologisch privilegierte Rolle in Anspruch nehmen“ (S.187) kann. Laclau/Mouffe und in ihrem Gefolge Marchart entdecken in Gramscis Hegemonietheorie noch Reste von Essentialismus, Ökonomismus und Klassenreduktionismus (S.181) und wollen dies durch eine Demokratietheorie korrigieren, in der jede Artikulation einer Subjektposition potentiell gleich gilt. Während bei Gramsci politische Subjekte komplexe Kollektivwillen sind, die noch auf eine grundlegende Klasse zurückgehen, entsteht bei Laclau/Mouffe ein Kollektivwille nur noch aus einer Äquivalenzkette, die aus den Forderungen verschiedener Gruppen derart zusammengesetzt ist, dass ein Signifikant der Kette alle andern repräsentieren kann.

Eine solche Theorie, die vor allem als Theorie der neuen sozialen Bewegungen entwickelt worden ist, stellt Gramscis Geschichtsmaterialismus auf den Kopf und macht aus der Pluralisierung von Subjektpositionen und Lebensentwürfen, die ihrerseits einer Umwälzung der Produktionsweisen eingeschrieben sind, einen Wert an sich. Sie muss auch politisch gegenüber herrschenden Machtblöcken subaltern bleiben, weil sie, Reflex ihres impliziten Politizismus, ihnen letztlich nur plakativ mit der Forderung nach „radikaler und pluraler Demokratie“ entgegentreten kann.

Weitere Aspekte von Gramscis Hegemonietheorie diskutieren etwa Ingo Lauggas, der den Einfluss von Gramsci auf Raymond Williams' Kulturtheorie, vor allem auf dessen Begriff der „structure of feeling“ (S.90ff.) nachzeichnet und dabei darauf hinweist, wie oft in der Kultur- und Lite-

raturtheorie von Hegemonie geredet, aber von Gramsci geschwiegen wird, jedoch unterschlägt, dass Williams Rückgriff auf Gramscis Hegemoniebegriff „ohne einen einzigen Verweis auf eine konkrete Stelle aus den Gefängnisheften auskommt“ (Barfuss, S. 18). Und dann die beiden Beiträge von Armin Bernhard und Andreas Merkens zur Pädagogik. Bernhard sieht Gramscis pädagogische Position in einer „Zwischenstellung zwischen einer Pädagogik vom Kind aus [Reformpädagogik] und technologischen Erziehungsverfahren“ (S.145f.). Vor allem aber arbeitet er bei Gramsci einen Bildungsbegriff heraus, der „die Selbstpotenzierung des Menschen“ als eines Modus, sich im geschichtlichen Kontext kohärent zu arbeiten, auch als Teil eines gegenhegemonialen Projekts verstehen lässt.

Andreas Merkens, der im Argument-Verlag auch den Band zu „*Erziehung und Bildung*“ zusammengestellt hat, begreift Hegemonie als ein pädagogisches Verhältnis und zeigt, wie bei Gramsci die organischen Intellektuellen der Arbeiterklasse das Kohärenzstreben der Subjekte unterstützen müssen, damit diese Handlungsfähigkeit gewinnen und zu einem eigenen gegenhegemonialen Projekt finden. Etwas summarisch bleibt allerdings bei Merkens der Bezug zur Gegenwart, wenn er angesichts neuer Handlungsfelder und Akteursgruppen sowie neuer Widerspruchsfelder auf das „gouvernementale Primat der ökonomischen Selbstführung“ (S.172) als eine verschobene Überwindung von Führungsverhältnissen oder auf die „Marginalisierung kritisch universitärer Theoriearbeit“ durch den neoliberalen Umbau der Hochschulen hinweist.

Bedenkenswert ist schliesslich im Beitrag Uwe Hirschfelds zum Widerspruchsfeld „Soziale Arbeit“ dessen

Vorschlag, Gramscis Intellektuellen-theorie durch den Begriff des „fraktionierten Intellektuellen“ (S.105) zu ergänzen, womit er die widersprüchliche Situation des Sozialarbeiters zu erfassen sucht, zugleich auf eine Anpassung der Klienten an bestehende Verhältnisse wie auf deren punktuelle Selbstermächtigung verpflichtet zu sein.

Insgesamt bietet der Band einen interessanten Querschnitt durch die gegenwärtige Gramsci-Debatte und unterschlägt auch nicht die Divergenzen bei der Aneignung und Weiterentwicklung von Gramscis Denken. Wenn auch einige Sachgebiete neogramscianischer Diskussion wie etwa zur Staats- und Rechtstheorie sowie zur Theorie der internationalen Beziehungen fehlen oder nur angeschnitten werden, so liefert der Band doch wertvolle Anregungen, über den „Zeitkern“ Gramscis hinauszugehen und mit seinen Begriffen in neuen geschichtlichen Konstellationen zu arbeiten.

Andreas Merkens, Victor Rego Diaz (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Argument Verlag, Hamburg 2007 (321 S., 16.50 €)

Thomas Barfuss (Hg.): Antonio Gramsci: Amerika und Europa. Gramsci-Reader Bd. 2. Im Auftrag des Instituts für Kritische Theorie. Argument Verlag, Hamburg 2007 (200 S., 14.90 €)

Andreas Merkens (Hg.): Antonio Gramsci: Erziehung und Bildung. Gramsci-Reader Bd. 1. Im Auftrag des Instituts für Kritische Theorie. Argument Verlag, Hamburg 2006 (208 S., 12.90 €)

Frigga Haug: Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Argument Verlag, Hamburg 2008 (348 S., 19.50 €)

„Frigga Haug bewundere ich wegen ihrer Unermüdlichkeit, ihre emanzipatorischen Ziele zu verfolgen“, schrieb Elfriede Jelinek zum 70. Geburtstag der Autorin. Dieser fand im gleichen Jahr 2007 statt wie die Gründung der neuen Partei *Die Linke*. Das Buch dokumentiert es, da fällt etwas zusammen, was zusammengehört: Die sorgfältigen, leidenschaftlich in der Perspektive einer anderen Gesellschaft geschriebenen Analysen von Arbeits- und Lebensweisen, von denen Frigga Haug hier eine Auswahl zusammengestellt hat, haben jetzt die Chance, einen Praxiszusammenhang zu finden, in dem sie aufgegriffen und in eine „andere linke Politik“ umgesetzt werden können. Das redet die wirkungsvolle Arbeit Frigga Haugs als organische Intellektuelle in vielen linken und feministischen (wissenschafts)politischen Initiativen keinesfalls klein. „Es war nicht an der Zeit, deshalb durchbrachen die Vorschläge zur Änderung von Politik kaum die Grenzen des öffentlichen Raumes“, schreibt sie selbst im Vorwort. „Aber nichts bleibt, wie es ist. [...] Es ist jetzt an der Zeit“ (S.10). Glücksfall eines eingreifenden Forscherinnenlebens.

Der Text „Vier-in-einem-Perspektive“, der das Buch eröffnet und auf einen Vortrag zurückgeht, den die Autorin zur Eröffnung der ersten Frauenwerkstatt der Partei *Die Linke* gehalten hat, stellt einen umfassenden Orientierungsrahmen für eine linke Politik dar, die auf die radikale Veränderung der Arbeitsteilungen in der Gesellschaft zielt. Er ist ein zugleich eindringliches Plädoyer dafür, „aus Utopien Kraft für Veränderung zu schöpfen“ (S. 15). Haug empört sich über eine Politik, die ver-

spricht, mehr Arbeit bzw. Arbeitsplätze zu schaffen, und gleichzeitig verschweigt, dass die vorhandene Arbeit, „die aus der Organisation dessen kommt, was wir zusammenfassend Reproduktionsarbeit nennen“ (S.19), kaum mehr zu schaffen und zugleich zutiefst ungerecht verteilt ist (z.B. zwischen den Geschlechtern).

Als Gegenentwurf schlägt sie vor, idealtypisch von einer täglich möglichen Arbeitszeit von 16 Stunden auszugehen und alle Tätigkeiten – in der Erwerbsarbeit, in der Sorgearbeit für sich und andere, in der Entfaltung eigener (schlummernder) Fähigkeiten und in der Politik – in gleichem Umfang auf diese vier Bereiche verteilt zu denken. Das setzt radikale Verkürzung der Erwerbsarbeit voraus. Die Vision der neuen Arbeitsteilung könnte die politische Forderung nach dieser beflügeln und die (alte) Politik der Arbeitszeitverkürzung verändern. Denn diese wird jetzt verknüpft mit der Umverteilung der gewonnenen Arbeitszeit auf die anderen Felder. „Die politische Kunst liegt in der Verknüpfung der vier Bereiche“, betont Haug, und nimmt etwaigen Einwürfen feministischer Kolleginnen, dass dies doch alles alt und die Erweiterung des Arbeitsbegriffes schon lange wichtige Forderung von Frauenbewegung und –forschung sei, den Wind aus den Segeln.

Darüber hinaus kann man in einem folgenden Beitrag nachlesen, dass der Club of Rome 1998 die Forderungen der Frauenbewegung teilweise sogar aufgenommen und dafür plädiert hat, auch „nicht-monetarisierte Tätigkeiten“ in die Gesellschaftsanalyse zu berücksichtigen. Haug führt dies als „passive Revolution“ vor: Die menschlichen Tätigkeiten stehen beliebig nebeneinander ohne inneren Zusammenhang, weil sie nicht an ein perspektivisches gesellschaftliches Projekt geknüpft

sind. In dieser Weise integriert der Club of Rome die vom linken feministischen Standpunkt geforderte Erweiterung des Arbeitsbegriffes in das neoliberale Projekt (S.72f).

Haug räumt ein, dass die „Vier-in-einem-Perspektive“ kein hier und heute umsetzbares Nahziel ist, aber gleichwohl als Kompass für die Bestimmung von Nahzielen dienen kann. Zugleich kann sie aus „falschen Alternativen, die Politik lähmen und langweilig machen“ (S. 9), herausführen. Es leuchtet z.B. unmittelbar ein, dass es – denkt man die vier Bereiche zusammen – nicht mehr nur um Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehen kann, sondern auch um die Vereinbarkeit beider mit Teilhabe am Kulturellen und am Politischen; oder dass der Streit, ob Grundeinkommen bedingungslos sein soll oder nicht, obsolet wird, wenn man davon ausgeht, dass alle ein Recht auf einen vierstündigen Erwerbsarbeitsplatz haben. Und vor allem: Vier-in-Einem steht gegen eine Stellvertreterpolitik, bei der „die einen Politik machen, während die anderen ... deren Folgen ausbaden.“ (S.22)

Die sechzehn folgenden Analysen sind ältere Arbeiten, die einen Entstehungszeitraum von mehr als 20 Jahren umfassen und sich jetzt als Vorarbeiten zu der *Vier-in-einem-Perspektive* erweisen. Deutlich wird, wie die in den zunächst getrennten Arbeitsschwerpunkten *Erwerbsarbeit*, *Reproduktionsarbeit*, *Kulturelle Entwicklung und Politik von unten* - jetzt Titel der Kapitel - entstandenen Analysen Fenster zu den jeweils anderen Bereichen öffnen und perspektivisch immer das Ganze im Blick haben. Haug schreibt vom Standpunkt der Menschen, in deren Erfahrungen sich Arbeits- und Lebensweise vermitteln und die die Subjekte ihrer Geschichte sind. „Auch Das-sich-opfern ist eine Tat“, steht in ihrem le-

gendären Aufsatz „*Frauen – Opfer oder Täter?*“, mit dem sie 1980 die Frauenbewegung genauso wie innerhalb der Arbeiterbewegung provozierte und heftige Diskussionen auslöste (S. 239 ff).

Ihr Projekt war fortan, das dokumentieren alle ihre Texte, das Tätigsein der gesellschaftlichen Akteure im Schaffen von Gesellschaft als Lernprozesse: „Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es für uns ohne Folgen“ (S.237). Dieser Satz von Peter Weiss kennzeichnet die Perspektive ihrer Arbeiten; ihr methodisches Mittel ist die Dialektik von Erfahrung und Theorie, und häufig sind es Widersprüche ihrer eigenen Erfahrungen, die am Beginn eines Forschungsprozesses stehen.

Da ist z.B. die Erfahrung des kleinen Mädchens Frigga, das die Lust an der zunächst begehrten Arbeit des Milchholens verliert. Das führt Haug zu einer umgreifenden Analyse von Arbeitsverhältnissen, in denen in „der Arbeitsteilung von Leben und Lebensmittelproduktion ... die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern auf eine teuflische Weise festgeschrieben ist.“ (S.27) – Die Arbeit mit Erfahrung hat Haug in der Methode der Erinnerungsarbeit systematisiert. Ein Projekt mit Frauen (1985), die sich in überfordernden Verhältnissen nach „Zeit für mich“ sehnten und sich damit in vielfältige Fallen der ideologischen Spaltung des Lebens in *öffentlich* und *privat* begaben, lässt sich über weite Strecken als Analyse der heutigen Überforderungssyndrome nutzen, die sich in dem neoliberalen Zeitregime zugespitzt haben (S.174).

Aber Haug verlässt ihren Subjektstandpunkt auch nicht in ihren Analysen neoliberaler Hegemoniebildung. So zeigt sie Peter Hartz mit scharfem Witz bei seiner Arbeit an der Konstruktion eines neuen Menschentyps (S.75ff),

oder wie Schröder/Blair mit ihrem Papier „*Die neuen Mitte*“ die Sozialdemokratie als Agens neoliberaler Entwicklung die deutsche Bühne betreten lassen.

Besonders beeindruckend ist das sehr persönliche Kapitel, in dem Frigga Haug – die 1999 schwer erkrankt war – über ihre Erfahrungen als *Patientin im neoliberalen Krankenhaus* nachdenkt. Das, so schreibt Hans Steiger im Zürcher P.S. (13.3.08), „wird zu einer Systemanalyse, wie sie eindringlicher kaum sein könnte. Wenn die abweisend wirkende junge Frau, mit der beim

Bettenmachen nur ein knapper Wortwechsel möglich war, am Abend noch einmal vorbeikommt, um ihre Wut und Verzweiflung loszuwerden, wird sie zur Zeugin für eine zuvor vielleicht theoretisch klingende Aussage, ‘dass in alledem, in Überforderung und Unterforderung, in Überarbeit und Arbeitslosigkeit, in Rastlosigkeit und Abwarten eine allgemeine tiefe Ungerechtigkeit herrscht.’ Mit verheerenden Folgen für die Gesellschaft und die Menschen in ihr.“

Jutta Meyer-Siebert /
Cornelia Möhring

Keine Energie??

**Soziale Medizin
Abo schenken!!**

www.sozialemedizin.ch

Robert Grimm (1881 – 1958)

Tagungsbericht

Unter dem Titel „*Marxist – Kämpfer – Politiker*“ fand am 7. März 2008 in Bern eine Tagung anlässlich des 50. Todestages von Robert Grimm statt. Organisiert wurde sie im Rahmen der Abteilung Schweizer Geschichte des Historischen Instituts der Universität Bern von den Historikern Bernard Degen, Hans Schäppi und Adrian Zimmermann. Die Tagung stiess auf beträchtliches Interesse, so dass der Tagungsort kurzfristig vom Staatsarchiv, das in Grimms Zeit als kantonaler Baudirektor erbaut wurde, in die Universität verlegt werden musste. Die Publikation eines Tagungsbands ist für den Herbst 2009 geplant.

Einführend referierte Hans-Ulrich Jost (Lausanne) zum Thema „*Praxis und politisches Denken bei Grimm*“. Trotz eines vor allem von seinen politischen Gegnern in Umlauf gesetzten Bilds Grimms als einer widersprüchlichen Persönlichkeit – die politischen Analysen sind beeindruckend. So gelang es Grimm, entscheidende Richtungsänderungen der schweizerischen Sozialdemokratie immer wieder überzeugend zu begründen, was die einen opportunistisch, die anderen taktisch geschickt fanden. Auch Grimms historische Studien seien nicht etwa, wie oft unterstellt, vulgärmarxistisch, sondern anregende Arbeiten, die jedoch von der etablierten Geschichtswissenschaft bis heute kaum wahrgenommen worden seien. Was für Jost auch ein Zeichen dafür ist, dass die Marginalisierung der sozialistischen Tradition in der schweizerischen Politik und Geschichtsschreibung anhält.

Unter dem Titel „*Kritik und Solidarität. Muster der Wahrnehmung der sozialistischen Arbeiterbewegung in*

Deutschland“ widmete sich Josef Mooser (Basel) dem Verhältnis Grimms zur deutschen Sozialdemokratie. Im Geiste des Marxismus der deutschen Vorkriegs-SPD wurde Grimm unter dem Eindruck der Bewilligung der Kriegskredite 1914 und der Novemberrevolution 1918 zu einem scharfen Kritiker der rechten Mehrheitsströmung der SPD; so auch später, also 1932/33 angesichts des Zusammenbruchs der Weimarer Republik. Grimms Kritik war nach Mooser geprägt von einem mit Sensibilität für die historische Kontingenz durchsetzten marxistischen Denken und blieb den Strömungen der nicht-kommunistischen sozialistischen Linken (der USPD und ihrer Vorgänger- und Nachfolgegruppen und während der Nazizeit besonders der Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“) stets solidarisch verbunden.

Bei Caroline Arni (Zürich) standen nicht allein die öffentliche Person Grimm als Politiker, sondern seine Rollen als Vater und Ehemann im Zentrum. Unter dem Titel „*Mein Vater! Eine Familiengeschichte*“ beleuchtete Arni die Spannungen, die zum Scheitern von Grimms erster Ehe mit der russischen Emigrantin Rosa Grimm-Schlain führten. Arni zitierte aus Briefen von Bruno, des Sohnes von Robert und Rosa Grimm, die vom Ringen mit einer übermächtigen Vaterfigur zeugen. In einer Ehe, die als politische Arbeitsgemeinschaft verstanden und gelebt wurde, entwickelten sich die Partner zunehmend zu Rivalen. Grimms zweite Ehe entsprach dagegen eher der klassischen Rollenteilung. Wenngleich auch Jenny Grimm-Kuhn eine engagierte Sozialistin und keineswegs ein „Heimchen am Herd“ war, stand sie

nicht wie Rosa Grimm im politischen Rampenlicht. Rosa Grimm wurde nach der Scheidung von Robert und der Parteispaltung für kurze Zeit zu einer führenden Figuren der Kommunistischen Partei der Schweiz, bevor sie mit der zunehmend bolschewisierten Parteilinie in Konflikt geriet.

Der Landesstreik 1918 war eines der wichtigsten Ereignisse in der schweizerischen Innenpolitik des 20. Jahrhunderts. Die Grimms als Streikführer in diesem Grosskampf ist deshalb auch immer wieder Thema der Literatur gewesen. Bernard Degen (Bern/Basel) setzte sich mit *Grimms Konzeption des Generalstreiks* auseinander, die vor dem Hintergrund der grossen Streikwelle der Vorkriegszeit und der sie begleitenden lokalen Generalstreiks entstand. Er berichtete, wie es zur Entstehung des Oltener Aktionskomitees kam, und zeigte auf, dass der Landesstreik in Anbetracht der unmittelbaren Errungenschaften (8-Studentag, bessere Repräsentierung der Gewerkschaften in den vorparlamentarischen Kommissionen) keineswegs mit einer Niederlage der Arbeiterbewegung endete.

Mauro Cerutti (Genf) thematisierte unter dem Titel „*L'extrême-droite et Grimm*“ die Diffamierung der Anführer des Landesstreiks als bolschewistische Putschisten. Bezeichnend für das vergiftete politische Klima war, dass die Streikführer sogar für die Toten der gleichzeitigen Grippe-Pandemie verantwortlich gemacht wurden. Unter anderem anhand von Bilddokumenten stellte Cerutti eine als „Volksbewegung“ inszenierte mediale Hetzkampagne vor, der es 1926 ungeachtet der sonst geltenden politischen „Spielregeln“ gelang zu verhindern, dass Grimm als bisheriger Vizepräsident automatisch zum Nationalratspräsidenten gewählt wurde. Die Kampagne wurde von kleinen Zirkeln der westschweizerischen extremen

Rechten lanciert, die beste Beziehungen zur liberal-konservativen und katholischen Presse pflegten.

Peter Martig, Direktor des Staatsarchivs des Kantons Bern und damit „Hausherr“ der Veranstaltung, stellte unter dem Titel „*Eigenmächtig und visionär: Das Staatsarchiv am Falkenplatz*“ Grimms Rolle in der Entstehungsgeschichte dieses markanten, im Bauhausstil gestalteten Gebäudes vor. Kaum als erster Sozialdemokrat zum kantonalen Baudirektor gewählt, stoppte Grimm eigenmächtig ein erstes, wesentlich teureres Projekt für ein neues Staatsarchiv in der Berner Altstadt. Die Nähe zur Universität, die grosszügig eingeplanten Reserven, die später für Magazinerweiterungen genutzt werden konnten und die streng der Funktion des Gebäudes folgende Form – das Gebäude ruht sogar statisch auf den Archivgestellen – verweisen auf den visionären Charakter des von Grimm bis in Einzelheiten mitgeplanten Bauprojekts.

Marc Vuilleumier (Genf) untersuchte „*Grimm et l'Internationale ouvrière socialiste (1920–1940)*“, also die Rolle Grimms in der Internationalen. Und zwar nicht so sehr die gut erforschte Zimmerwaldner Bewegung, sondern die nur wenig bekannte Zeit danach. Grimm war zunächst einer der führenden Köpfe der sich zwischen der kommunistischen III. und der sozialdemokratischen II. Internationalen positionierenden Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Er widersetzte sich 1923 zunächst der Wiedervereinigung dieser bis heute unter dem Spitznamen „II ½ Internationale“ bezeichneten Organisation mit der II. Internationale zur Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI). Nach dem 1926 dennoch erfolgten Beitritt der SPS zur SAI spielte er aber bis Mitte der 30er Jahre eine wichtige Rolle auf ihrem linken Flügel.

André Holenstein (Bern) referierte zum Thema „*Grimm als Historiker*“. Dabei stellte er die durchaus pionierhaften Deutungen Grimms zur Entstehungsgeschichte der Eidgenossenschaft, der Reformation als sozialer Bewegung – Zwingli war für Grimm die überragende Gestalt der Schweizergeschichte – und der Untertanenaufstände im Ancien régime vor. Grimm eignete sich die Schweizergeschichte aus Sicht marxistischer Geschichtsschreibung an. Da Grimm dabei den Weg zum Sozialismus als Folge der vergangenen Klassenkämpfe der Geschichte in der Schweiz verstand und von der Arbeiterschaft u.a. erwartete, dass sie auch aus Niederlagen Kraft schöpft, weist, so Holenstein, Grimms Geschichtsphilosophie letztendlich doch eine heilsgeschichtliche Tendenz auf.

Brigitte Studer (Bern) stellte unter dem Titel „*Grimm als Experte*“ eine der bisher von der Geschichtsschreibung am wenigsten beachteten Facetten der vielfältigen Tätigkeit Grimms vor. Dieser wirkte wiederholt im Rahmen vorparlamentarischer Expertenkommissionen mit. Den Höhepunkt dieser Tätigkeit stellt sicher das Gutachten zur Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung dar, das Grimm zusammen mit dem bürgerlichen Bauingenieur Ferdinand Rothpletz 1934 im Auftrag des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements verfasste. Dieses Gutachten assoziierte Arbeitsbeschaffung mit politischer Stabilisierung. Von der in diesem Gutachten für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei jungen Akademikern vorgeschlagenen Wissenschaftsförderung führt eine direkte Linie zur Gründung des Schweizerischen Nationalfonds im Jahr 1952.

Der letzten Phase von Grimms politischer Biographie wandte sich Jakob Tanner (Zürich) zu. In seinem Referat „*Sozialdemokratie und Westintegra-*

tion in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg“ erörterte er Grimms Haltung zum Marshall-Plan. Zwar begrüßte dieser die Tendenzen des Plans zu einer stärker staatlich gelenkten Wirtschaft, kritisierte ihn aber auch als Instrument des amerikanischen Imperialismus. Im Unterschied zum politischen Mainstream auch der Sozialdemokratie stellte sich Grimm gegen die faktische Westintegration der Schweiz und plädierte für einen dritten Weg zwischen Sowjetkommunismus und dem westlichen Kapitalismus. Auch in seinen letzten Lebensjahren blieb er seinen marxistischen Überzeugungen treu.

Hans Schächli (Basel) schloss die Tagung mit einer ersten Zusammenfassung, die eine Würdigung der einzelnen Referate mit Überlegungen zur *Aktualität Grimms* verband. Letztere sah er vor allem darin, dass heute vermehrt wieder ein Interesse an politischen Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus bestehe. Grimm verstand den Sozialismus nicht als Beseitigung, sondern als konsequente Verwirklichung der Demokratie. Gerade aus seiner Mitwirkung in den staatlichen Institutionen heraus habe Grimm immer wieder die Notwendigkeit sozialer Bewegungen betont. Dies ging damals durchaus einher mit einem mechanistischen Verständnis des Marxismus der II. Internationale. Und was insgesamt nach Schächlis Einschätzung die Tagung auch angeregt hat: Ein neuer Schub in der historischen Aufarbeitung der schweizerischen ArbeiterInnenbewegung, wie dies in den 1970er Jahren der Fall war, tut not. So bedeutet das Fehlen einer kritischen Gesamtausgabe der Schriften von Grimm, die damals im Limmatverlag geplant, aber dann nicht zustandekam, heute einen grossen politisch-kulturellen Verlust.

Adrian Zimmermann